

Buchhinder-Zeitung

Organ des Verbandes

der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint Sonntags.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal exkl. Postgebühren.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Heußleinstr. 30, Stuttgart.

Inserate
pro 3spaltige Zeile 20 Pf.
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Preisangaben sind der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Nr. 40.

Stuttgart, den 7. Oktober 1899.

15. Jahrgang

Kollegen und Kolleginnen! Unterlaßt nie die Agitation für Euren Verband!

Bekanntmachung.

Zur Erledigung der Geschäfte der vom Verbands-
vorstand und Ausschuss anberaumten Urabstimmung
hat die Zahlstelle Stuttgart in ihrer Mitglieder-
versammlung vom 2. Oktober gemäß den Bestim-
mungen des § 25 Absatz 2 im Verbandsstatut die
Siebenerkommission gewählt. Dieselbe besteht
aus den Mitgliedern Otto Eibz, Hugo Hänfel,
Johannes Heibel, Emil Jöhler, Theodor Klaus,
Friederike Klie und Gustav Wurst.

Da nach der Bekanntmachung des Verbands-
vorstandes und Ausschusses bei der diesmaligen
Urabstimmung nur die eine Frage zur Entscheidung
steht, „ob ein Verbandstag im Anfang des kommenden
Jahres stattfinden soll“, werden wir die diese Frage
enthaltenden Zettel in den nächsten Tagen zur Ver-
sendung bringen. An die örtlichen Bevollmächtigten
der Zahlstellen und Gauen ergeht anmit das dringende
Ersuchen, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß
jedes Mitglied rechtzeitig einen Fragezettel er-
hält. (Eine Mitteilung an die Mitglieder, die Frage-
zettel abzuholen, ist nicht genügend.)

Die Abstimmung nimmt jedes Mitglied selbst
vor durch Ausfüllung des ihm zugehenden Frage-
zettels, ohne daß dieses in einer Versammlung und
auf einen bestimmten Tag geschehen muß. Der vom
Verbandsvorstand angelegte Endtermin — 16. No-
vember d. J. — darf jedoch nicht überschritten werden.

Die Frage ist nur mit „Ja“ oder „Nein“ zu
beantworten.

Die ausgefüllten Fragezettel sind spätestens am
16. November von den Mitgliedern an Zahlstellen an
die Bevollmächtigten derselben, und seitens der einzel-
stehenden Mitglieder an ihre Gauenbevollmächtigten ab-
zuführen; diese haben eine genaue Zusammenstellung
des Abstimmungsergebnisses vorzunehmen und das Ge-
samtergebnis spätestens am 23. November d. J. mit
Unterschrift von mindestens zwei Kontrollleuten versehen,
an die Adresse der Siebenerkommission einzusenden.

Auf der Reise befindliche Mitglieder können an
der Zahlstelle, wo sie sich gerade befinden, an der
Urabstimmung teilnehmen; jedoch muß der Bevoll-
mächtigte dieser Zahlstelle den Reisenden im Mit-
gliedsbuch einen bezüglichen Vermerk eintragen.
Auch kann ein Mitglied, welches nicht Gelegenheit
hatte, an einer Zahlstelle abzustimmen, seine Ab-
stimmung der Siebenerkommission, unter Angabe
seines Namens und der Verbandsnummer, brieflich
mitteilen.

Wir erwarten, daß sich möglichst alle Mitglieder
an der Abstimmung beteiligen, damit in dem Er-
gebnis der selben auch der Wille sämtlicher Mit-
glieder zum Ausdruck kommt.

Alle die Urabstimmung betreffenden Anfragen und
Einsendungen sind zu richten an die Adresse des
Kollegen Emil Jöhler, Stuttgart-Heslach, Frauen-
straße 21 II.

Die Siebenerkommission.

Die preussische Gewerbeaufsicht im Jahre 1898.

(Schluß.)

Ein ständiges Kapitel trübster Art bildet seit
Jahrzehnten die durch Gesetz nicht berührte Er-
werbsarbeit von Schulkindern in nichtfabrik-
mäßigen Betrieben, in denen die Arbeitszeit oft
länger, die Anstrengungen ärger und die Gesun-
heitsverhältnisse zweifelhafter sind, als in den meisten
Fabriken. Namentlich ist auch die vielgerühmte
Hausindustrie eine Stätte des Kinderlebens, in denen
die zarte Blüte der Generation langsam dahin-
gemordet wird. Weil gesetzliche Verbote gegen diese
Mißstände nicht vorhanden sind, so ist verschiedentlich
versucht worden, durch Polizeireglemente die
schlimmsten Auswüchse zu beseitigen, so im Jahre
1897 in Mühlhausen, wo die Nachtbeschäftigung
(von 7 Uhr Abends bis 7 Uhr Morgens) verboten
wurde. Diese Verordnung hat aus Anlaß eines
Berufungsfalles die Bestätigung durch ein Urtheil
des Kammergerichts vom 8. November 1898
gefunden, und nunmehr sollen für die Städte Erfurt
und Nordhausen die gleichen Reglemente erlassen
werden. Auch die Düsseldorf'sche Regierungsbehörde
hat eine Verordnung erlassen, wonach den Haus-
industriellen und Heimarbeitern in der Textil- und
Metallindustrie, Kleider- und Wäscheconfektion, sowie
Zündholzschachtelfabrikation verboten ist, Schulkinder
gewerblich nach 7 Uhr Abends und vor dem
Frühunterricht, sowie zwischen dem Früh- und Nach-
mittagsunterricht zu beschäftigen. Man rechnet, daß
das Verbot etwa 1000 Schulkindern im ganzen
Bezirk Düsseldorf zu Gute käme, welche Zahl auch
bei oberflächlicher Schätzung sicher zu niedrig erscheint.
Der Mühlhäuser Bericht veröffentlicht eine Statistik
der gewerblich beschäftigten Schulkinder, deren Zahl
von 105 407 Volksschülern nicht weniger als
10 326 = 9,8 Prozent beträgt, davon allein 5979
in der Zigarenindustrie. Empörend ist es, daß
selbst in Steinbrüchen, beim Straßenbau, in Säge-
werken und in Koffhaar-, Zute- und Lumpen-
fortirereten Kinder ausgebeutet werden. Nahezu die
Hälfte aller Kinder ist an allen Wochentagen je
mehr als drei Stunden täglich beschäftigt, worunter
sich selbst solche der untersten Schulklassen befinden.
Der Berliner Gewerberath fand in hausindustriellen
Betrieben 36 schulpflichtige Kinder bis zu sieben
Jahren herab mit Dienenleben beschäftigt; dieselben
arbeiteten Nachmittags von 2—7 Uhr, häufig auch
eine bis zwei Stunden länger, in den Schulferien
jedoch schon von Morgens an, wobei der Wochen-
verdienst zwischen 0,80 bis 3 M. schwankt. Die
Zahl der übrigen in Heimarbeit beschäftigten Kinder
konnte nicht ermittelt werden. Der Beamte bebauert
den Mangel eines gesetzlichen Verbots. Wann
werden die vor zwei Jahren veranlasseten Er-
hebungen sich zu positiven Gesetzesvorschlägen ver-
bichten? Ja, wenn es sich um Unternehmerwünsche
handelte, dann wäre längst Etwas geschehen; für

Arbeiterreform aber hat die Regierung kein
Zeit!

Eine sonderbare Jeremiade über den Rückgang
des Handwerks stimmt der pommerische Bericht an.
Es heißt darin: „Nach wie vor macht sich der
Mangel an Lehrlingen besonders im Handwerk fühlbar.
Ueber die Abneigung der jungen Leute, sich für
ihren Lebensberuf dem Handwerk zuzuwenden, klagten
die Meister öfters bei Besichtigung wie in den
Sprechstunden. Die Lehrlinge gehen fast nur noch
aus den allerärmsten Volksklassen mit der geringsten
Schulbildung hervor, während Knaben mit guter
Handschrift meistens die Laufbahn als Schreiber
dem Lehrlingsstand (?) vorziehen. Haben sie außer-
dem noch gute Schulzeugnisse und bestigen Gewandtheit
im Rechnen, so glauben die Eltern den Sohn zu
einem höheren Beruf befähigt und lassen ihn oft
unter großen Entbehrungen Kaufmann werden oder
schicken ihn sogar einige Jahre auf das Gynnasium.
Das Vertrauen auf den goldenen Boden des
Handwerks ist in den Kreisen, aus denen früher
seine Angehörigen hervorgegangen sind, leider ver-
schwunden, obwohl gerade bei dem großen Mangel
an Nachwuchs (?) junge, strebsame Handwerker die
allerbeste Aussicht auf eine gute Zukunft haben.
Biel Schuld hieran tragen die in manchen Blättern
immerfort wiederholten Behauptungen, daß das
Handwerk seine Berechtigung verloren habe und dem-
nächst ganz von der wachsenden Großindustrie ver-
drängt sein würde. Diese Behauptung ist durchaus
falsch (!). Das Handwerk lebt noch recht kräftig (?)
und wird niemals durch die Großindustrie beseitigt
oder ersetzt werden können; wohl aber sind die
geistigen und künstlerischen Anforderungen, welche
an ein Handwerk gestellt werden, gewachsen und ein
Tischler oder Schlosser, der die Fortbildungsschule
nicht mit Erfolg besucht hat, wird nur geringe Aus-
sicht haben, weiter zu kommen. Das steht fest —
ein Handwerker, der sein Geschäft versteht und den
Anforderungen entspricht, welche die fortgeschrittene
allgemeine Wohlhabenheit und der ausgebildete
Kunstgeschmack stellen, wird stets in allgemeiner
Achtung stehen und der klingende Lohn wird ihm
nie fehlen. Leider wird den Handwerksmeistern die
Ausbildung der Lehrlinge sehr erschwert durch den
Geist der Unbotmäßigkeit, der vielfach unter
den jungen Leuten herrscht und leider nicht selten
von den Eltern genährt wird. In einem Falle
wurde festgestellt, daß der Lehrling den Meister
wörtlich und sogar thätlich grob beleidigt hatte.“

Dieses Elaborat des pommerischen Gewerberaths
ist ein sprechender Beweis dafür, daß es mit der
volkswirtschaftlichen Vorbildung mancher Aufsicht-
beamten sehr im Argen liegt. Für unsere Leser
erübrigt es sich natürlich, dieses Zeug zu widerlegen;
charakteristisch ist aber der Anlaß des angeblichen
Lehrlingsmangels für die Kleinmeister. Es scheint
dem pommerischen Gewerberath unbekannt zu sein,
daß die 1895er Reichsenumfrage gerade im Handwerk

eine Behrlingsüberfüllung ermittelte, die nahezu zur Behrlingszüchtereier wurde, und daß die meisten Behrlinge gerade in ostpreussischen und pommerischen Städten zu finden waren (im Durchschnitt aller Großstädte auf je 100 Handwerksmeister 102,7 Behrlinge, in Elbing 154,9, in Danzig gar 188,3 Behrlinge). In Folge dessen mußten in die Gewerbe-novelle jene Bestimmungen hinsichtlich einer Beschränkung der Zahl der Behrlinge aufgenommen werden. Und weil die Handwerksmeister auf einmal über Behrlingsmangel klagen, so glaubt der pommerische Gewerberath ihnen mit seinen ökonomischen Weisheiten, die zu Hofschers Zeiten Mode waren, aber heute von jedem Gymnastasten widerlegt werden können, zu Hilfe kommen zu müssen? Gerade die Behrlingszüchtereier und mangelhafte Ausbildung im Handwerk trägt dazu bei, das Letztere zu ruinieren, da die Großindustrie nur die tüchtigsten und leistungsfähigsten Arbeiter absorbiert und neuerdings sogar zur Errichtung eigener Behrwerkstätten übergeht, weil ihr der Durchschnitt der im Handwerk ausgebildeten nicht mehr genügt.

Ueber die wirtschaftliche Lage der Industrie herrscht in den meisten Berichten nur eine Meinung, der der Doppelner Beamte dahin Ausdruck giebt: „eine Periode fortbauenden kraftvollen Aufschwungs und reichen Gewinns.“ Dagegen weichen die Urtheile über die Lage der Arbeiter stark von einander ab. Während eine Reihe von Berichten Lohnsteigerungen, wenn auch nur entsprechend geleisteter Mehrarbeit oder verringertem Arbeitslosigkeits, behauptet, geben andere solche Verbesserungen nur in geringem Umfang zu und nicht wenige konstatieren freimüthig, daß sich die Lage der Arbeiter in Folge der Preissteigerungen für Lebensmittel und Wohnungen verschlechtert habe. Nach dem Erfurter Bericht sind nur die Löhne der sogenannten gelehrten Arbeiter etwas in die Höhe gegangen, während die der großen Masse unverändert blieben und die der Textilarbeiter zu Mühlhausen, Langensalza und des Eichsfeldes sogar einen Rückgang erfuhr. Man wird nicht fehl geben, wenn man diese Erfahrung verallgemeinert, aber hinzusetzt, daß sie hier und da erhöhten Lohnhöhen durch vermehrte Haushaltungskosten in Folge der ständigen Theuerung mehr als aufgewogen wurden. Dabei ging es natürlich denjenigen Arbeiterkreisen, deren Löhne die gleichen blieben oder gar noch tiefer sanken, am übelsten, und würden die Aufschichtsbeamten einmal speziell deren Lebensverhältnissen nachgeforscht haben, so würden sicher Manche nicht so euphemistisch von allgemein befristeter Lage der Arbeiter reden. Insbesondere bedürften auch die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter einer gründlichen Prüfung, gründlicher, als es bei der vorjährigen Wohnungsenquête hinsichtlich der Fabrik- und genossenschaftlichen Arbeiterwohnungen geschah, die mehr eine bloße Zählung, denn eine Revision derselben war. Wir kommen auf diese Enquête in einer Spezialarbeit zurück.)

Mehr, als in früheren Jahren drängt sich diesmal die Frage der ausländischen Arbeiter in den Vordergrund der Berichte. Die Beamten von Breslau und Blegnitj erzählen von einem schwungvoll betriebenen Handel mit polnischen, russischen und galizischen Arbeitskräften, der den Agenten so viel abwirft, daß die Landwirtschaftskammern bereits danach trachten, durch eigene Verbindungen sich von den Vermittlern unabhängig zu machen, das heißt, das Geschäft selbst zu verdienen. Die Löhne, die diese Arbeiter erhalten, sind unsagbar niedrig (14 bis 15 Mk. pro Monat neben freier Verpflegung), während die Vermittler im Bezirk Breslau pro Kopf und Monat 30 Mk. erhalten, also 15 bis 16 Mk. in ihre Tasche stecken. Im Bezirk Blegnitj verdient der Agent täglich an jedem Arbeiter 60 Pf. „Diese Ausländer“, heißt es im Blegnitzer Bericht, „werden in großen Schläffeln untergebracht, die einen höchst widerwärtigen Eindruck machen und den aus Gründen der Ordnung, Reinlichkeit

und Sitte an die Unterkunft und Verpflegung zu stellenden Anforderungen häufig widersprechen.“ Trotzdem wird der Import von ausländischen Arbeitern von Staatswegen auf jede Weise gefördert, namentlich für die Landwirtschaft und für Saisonindustrien, obwohl diese in der Regel am aller-schlechtesten für die Unterkunft dieser Arbeiter sorgen. Für die Gemeinden ist dieser Zugang schlimmer wie eine Einquartierungslast, denn diese Wanderarbeiter sind gezwungen, von ihrem kärglichen Verdienst noch zu sparen, um daheim für den Winter etwas zu haben. Sie leben also so bedürfnislos, wie nur möglich, und der Magdeburger Bericht erwähnt, daß die in einem Steinbruch beschäftigten galizischen Arbeiter fast ausschließlich von Kartoffeln und Kaffee lebten und sonach sich einer Bedürfnislosigkeit befleißigten, die sogar seitens der Betriebsleiter mißbilligt wurde, weil diese meinten, daß eine solche übertriebene Sparsamkeit nicht ohne schädliche Folgen für die Betroffenen bleiben könne. Aber was anders als ihre Bedürfnislosigkeit und ihre niederen Löhne waren die Gründe, daß diese Arbeiter ins Reich gezogen und gegen die einheimischen Arbeitskräfte ausgespielt wurden? Und warum zahlt man diesen Ausländern nicht dieselben Löhne, wie den ortsanfässigen Arbeitern? Da liegt eben der Gase im Pfeffer.

Uebrigens haben zahlreiche Unternehmer mit diesen Ausländern auch bereits üble Erfahrungen gemacht; Viele klagen über deren geringeren Fleiß und Anstelligkeit, in deren Folge mehr Aufsicht benötigt werde. Auch sind sie noch weniger zuverlässig als Inländer, da sie Arbeit, Papiere und sogar Ersparnisse im Stich lassen, sobald sie hoffen, anderwärts etwas mehr zu verdienen. Namentlich aber wird über ihre Unsauberkeit geklagt, die den Deutschen das Zusammenarbeiten mit Jenen unmöglich mache. Selbstverständlich beziehen sich diese Klagen nur auf die niederen, ungelerten Arbeiterkategorien, mit denen irrupweise die Agenten das Reich überschwemmen. Namentlich aber hat die Einstellung solcher mit den modernen Maschinenbetrieb unvertrauten Arbeiter eine Erhöhung der Unfallgefahr zur Folge, da dieselben zudem der deutschen Sprache nicht mächtig sind und weder die Unfallverhütungsvorschriften, noch die Befehle ihrer Vorgesetzten, beziehungsweise die Anleitungen ihrer Mitarbeiter verstehen. Natürlich gefährden sie dadurch auch die Sicherheit ihrer Mitarbeiter, was Alles nicht gerade zur Förderung des freundschaftlichsten Verkehrs beiträgt. Trotzdem sind die deutschen Arbeiter viel zu vernünftig, um eine Hemmung dieses Fremdenzugangs zu verlangen, dessen kulturelle Bedeutung für die rückständigeren Staaten sie anerkennen. Dagegen können sie mit Recht verlangen, daß solche Arbeiter unter besonderen Aufsehern, die ihre Sprache verstehen, beschäftigt werden, daß für sie die gesetzlichen Ausgänge und Unfallverhütungsvorschriften in ihrer Muttersprache erlassen werden, daß genügende Maßregeln zu ihrer Unterkunft und Verpflegung getroffen werden und daß sie dieselben Löhne wie einheimische Arbeiter erhalten.

Die Unfälle haben sich, wie alle Jahre, wiederum vermehrt; in einzelnen Bezirken war eine Steigerung von 25—38 Prozent zu beachten. Auch die Zahl der tödtlichen Unfälle ist gestiegen (von 808 auf 929). Dieses traurige Ergebnis kann den nicht befremden, der die Wirkungen eines Jahres kraftvollen Aufschwungs, das heißt eines Jahres der angespanntesten Ausbeutung der Arbeitskräfte voraussetzt; es widerlegt aber aufs Neue die eitle Versicherung, daß die Steigerung der Unfallzahl keine Zunahme der Unfallschwere bedeuete. Die Klagen über mangelhafte Unfallmelbung sind diesmal wovmöglich noch zahlreicher als in früheren Berichten, seitdem die Beamten hinter die Lässigkeit vieler Polizeibehörden gekommen sind und eigene Nachforschungen anstellen.

Hinsichtlich der Arbeitszeit erwachsener Arbeiter haben die Beamten nur geringe Aenderungen er-

mitteln können. Die Ueberarbeit hat etwas nachgelassen, aber von Arbeitszeitverkürzung war nur dort etwas zu bemerken, wo die Arbeiter sich dieselbe erkämpften. Der Potsdamer Bericht meldet, daß bereits 70 Prozent aller Arbeiterinnen kürzer als elf Stunden arbeiten, und in Berlin bürgert sich der Neunstundentag immer mehr ein. Der Blegnitzer Bericht konstatirt, daß die Arbeitszeitverkürzung sich für Arbeiter und Unternehmer gut bewährt habe. Eine Glashütte im Bezirk Oppeln führte sogar beim Uebergang von Hafens zum Bannbetrieb den viermaligen Schichtwechsel von je sechs Stunden Arbeitsdauer ein, und konnte feststellen, daß die Arbeiter trotzdem mehr verdienen, als früher. Auch der Ahtstundentag macht Fortschritte. Daneben fehlt es aber auch nicht an Beispielen übermäßiger Arbeitsdauer, gegen welche Mangels gesetzlicher Handhaben selten eingeschritten werden kann. So wurde in einem pommerischen Badeort ein Maschinist täglich achtzehn Stunden am Kessel beschäftigt; der August der Reichen verlangt diese unmenschliche Frohn eines Arbeitsklaven, dessen Loos durch Anstellung einer zweiten Kraft doch sicherlich erleichtert werden konnte. Die allgemein günstigen Erfahrungen mit der Arbeitszeitverkürzung lassen es angezeigt erscheinen, die Agitation für gesetzliche Arbeitszeitregelung nicht unter der Gegenwart der Zuchthausvorlage erlahmen zu lassen, sondern rührig fortzusetzen, denn der Widerstand der Reaktionäre, die Nichts lernen wollen, läßt sich am Allerwenigsten durch Gleichgiltigkeit ent-waffnen.

Zum Schluß sei erwähnt, daß der Berliner Gewerberath als Gegenbeweis gegen die Nothwendigkeit weiblicher Aufsichtsbeamten die Thatsache anführt, daß ihm Seitens der im Frühjahr 1898 aufgestellten acht weiblichen Vertrauenspersonen der Gewerkschaften keine einzige Beschwerde zugegangen sei; er giebt jedoch die Müdigkeit zu, daß sich unter den von der Gewerkschaftskommission übermittelten Beschwerden solche befanden, die von Vertrauenspersonen vorgeprüft waren. Bei der Neuheit dieser Einrichtung läßt sich überhaupt noch kein negativer Schluß begründen; zudem haben die Aufsichts-beamtinnen doch noch wesentlich andere Funktionen als die Beschwerdebemittlerinnen. Die preussische Regierung mit ihrem bekannten Widerstand gegen alle zeitgemäßen Reformen, wird möglicher Weise die letzte sein, die weibliche Inspektoren anstellt, nachdem selbst die sächsische Regierung Zusicherungen in dieser Hinsicht gegeben hat —, aber sie wird sich nicht dauernd dem Fortschritt verschließen können, und die Gewerberäthe thäten besser, sich bei Zeiten mit dieser Reform zu befreunden und aus den günstigen Erfahrungen ihrer süddeutschen Kollegen das Beste sagt für die künftige Gestaltung ihrer Inspektions-thätigkeit herauszuziehen.

Der Leipziger Minimaltarif.

Der in Leipzig zwischen Prinzipalen und Arbeitern vereinbarte und seit 1. September 1897 bestehende „Minimaltarif für Buchbinderarbeiten“ hat Gültigkeit bis zum 31. August 1900. Vor Ablauf dieses Termins kann eine von beiden Theilen gewählte gemeinschaftliche Kommission über die weitere Gültigkeit beziehungsweise Abänderungen verhandeln. Das ist festgelegt im Vorwort zum Tarif und unterzeichnet von der gemeinsamen Tarifkommission der Vereinigung Leipziger Buchbindermeister und deren Gehilfen. — Seitens der Prinzipale wird nun seit längerer Zeit geklagt, daß der jetzige Tarif für sie etwas Hemmendes in der Konkurrenz habe, und ihr Augenmerk richtet sich einerseits auf Reduzierung der ihnen zu hoch erscheinenden Preissätze, andererseits darauf, daß auch in den anderen Städten Seitens der Gehilfenschaft auf Einführung des Leipziger Minimaltarifs hingearbeitet werden soll.

Der Leipziger Tarif hat jedoch ganz bedeutende Mängel, welche beseitigt werden müssen, bevor von der Gehilfenschaft eine neue Vereinbarung bei Ablauf desselben eingegangen wird. Ein Theil der Preise bei einzelnen Abtheilungen ist entschieden zu nieder, andere bedürfen wieder einer präzisieren Festlegung Zwecks Ver-

hütung verschiedener Auffassungen und daraus entstehender Streitigkeiten. Nur auf Grund solcher Verbesserungen könnte daran gegangen werden, den Leipziger Tarif zu einem Minimaltarif für alle die Städte zu machen, wo Buchbinderarbeit in Betracht kommt und Akkordarbeit eingeführt ist oder wird. Solche Verbesserungen widerstreiten aber den Interessen der Unternehmer und so ist es nicht ausgeschlossen, daß nächstes Jahr harte Kämpfe zu führen sind. Auf diese sich vorzubereiten ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, und zwar nicht nur in Leipzig, sondern auch in den anderen Städten, da nie im Voraus berechnet werden kann, ob eine friedliche Lösung vorhandener Differenzen möglich und nach welchen Orten und bis welchem Umfange ein einmal ausgebrochener Kampf sich erstrecken wird.

Es ist deshalb sämtlichen Kollegen und Kolleginnen an allen Orten warm zu empfehlen, das zu beachten und auch ihrerseits das zu thun, was die Vertrauensmänner des Unterstützungsfonds und die Tarifkommission in Leipzig in einem Aufruf den dortigen Kollegen und Kolleginnen nahe zu legen für nötig halten. Der Aufruf lautet:

Kollegen und Mitarbeiterinnen!

Noch etwas über ein Jahr und der Tarifvertrag mit unseren Unternehmern ist abgelaufen. Was dies zu bedeuten hat, wird wohl jeder sich aktiv an der Gewerkschaftsbewegung beteiligende Kollege zu würdigen wissen.

Welches Quantum von Arbeit und bitteren Erfahrungen, welche Perspektive von Kampf und Opfern eröffnet sich da vor uns. Nur noch ein Jahr! Welche winzige Spanne Zeit im Vergleich zu der noch zu bewältigenden Arbeit, uns vorzubereiten, alle die Vorbedingungen zu erfüllen, die es ermöglichen, unsere Forderungen durchzusetzen. Doppelt kurz ist die Zeit für uns, denen Nichts helfend zur Seite steht, als der energische Wille, um uns da, wo es notwendig, Stufe um Stufe emporzurufen, da, wo die Arbeitsverhältnisse einigermaßen zufriedenstellende sind, dieselben zu erhalten, wozüglich zu verbessern, um in größerem Umfange an den Errungenschaften der Kulturwelt teilzunehmen zu können.

In dem Tarifvertrag erblicken wir nur ein zweckdienliches Mittel zur Erhaltung unserer Arbeitsverhältnisse und wünscht deshalb das Weiterbestehen derselben — allerdings in verbesserter Form. Wird letzteres aber der Fall sein, wenn wir unseren Wünschen nicht den nötigen Nachdruck zu verleihen im Stande sind?

In der ganzen Konstruktion der jetzigen Produktionsweise liegt die Hauptsache begründet, daß, sollten selbst unsere Unternehmer sich mit uns begeben in dem Wunsche für ein Weiterbestehen des Tarifs, dies doch nicht der Fall sein wird in der Frage: Verbesserung des Tarifs zu unseren Gunsten. Hier wird der Gegensatz zwischen den „sogenannten gemeinsamen Interessen“ zum Ausdruck kommen und wird, wenn keine Verständigung zu Stande kommt, somit zur Machtsfrage sich zuspitzen.

Kann nun auch von einer endgültigen Beseitigung der bestehenden gegensätzlichen Interessen nicht die Rede sein, so können dieselben doch überbrückt werden dadurch, daß wir uns eine finanziell starke Position verschaffen, die es den Unternehmern gewissermaßen verleiht, die Arbeitsverhältnisse ganz nach ihrem Willen zu gestalten.

Hat nun auch erfreulicher Weise das Bewußtsein, daß es Pflicht und Notwendigkeit ist, der Organisation anzugehören, in unseren Reihen immer mehr und mehr Platz gegriffen, so kann das selbe leider nicht gesagt werden in Bezug auf Beschaffung von Geldmitteln, Geldmitteln zu dem Zwecke: Euch und Eure Angehörigen in schweren Stunden davor zu bewahren, den Hunger in seiner schlimmsten Gestalt kennen zu lernen.

Gewiß ist, daß unsere Geldsammlung — selbst bei der größten Opferwilligkeit — nie die Höhe erreichen wird, um sich mit den Summen, die den Unternehmern zur Verfügung stehen, messen zu können. Thatsache ist aber auch, daß vorhandene Geldmittel, die für uns Alle auf Wochen ja Monate ausreichen, stets ein von den Unternehmern mit zu berücksichtigender Faktor sind, ja sogar wahrscheinlich die allein ausschlaggebende Rolle spielen würden bei eventuell gestellten Forderungen.

Genügen aber unsere lokalen Klassenverhältnisse den Ansprüchen, die man zu stellen berechtigt ist, um eine derartig ausschlaggebende Rolle spielen zu können? Die Beantwortung dieser Frage kann nur auf Nein! lauten. Sind wir zu dieser Erkenntnis gelangt und haben wir den ehrlichen Willen — woran nicht zu zweifeln ist — vorwärts zu gehen, so kann nur ein Gebanke in unseren Reihen maßgebend sein: das Versäumte nachzuholen. Erreicht kann das aber nur dann werden, daß Mann für Mann sich Woche für Woche eine kleine Extrasteuer auferlegt zu Gunsten unseres „Unterstützungsfonds“. Die allgemeine Beteiligung an dieser Extrasteuer wird den besten Maßstab abgeben für uns, zu erkennen, daß Ihr begriffen, wie nothwendig es ist, einen Schritt vorwärts zu gehen auf dem Wege, den wir betreten. Denn haben wir in Bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit Schritt gehalten mit allen übrigen Arbeitern, so ist es doch nicht der Fall in Bezug auf Entlohnung — und daß dies, angesichts der immer mehr sich steigenden Lebensmittel- und Wohnungspreise, gewissermaßen ein Herabstufen auf eine niedrigere Lebenslage, fñhlt Ihr wohl Alle. Muß uns nicht das Gefühl der Beschämung beschleichen, wenn wir erfahren, daß andere Arbeiter, wie zum Beispiel die Maurer, Zimmerer u. s. w., sich Löhne errungen haben, hinter denen unsere Löhne bedeutend zurückbleiben? Allerdings herrscht in diesen Arbeiterkategorien im Allgemeinen eine ganz andere Opferwilligkeit, wie in unseren Kreisen. Zahlen doch diese eine Extrasteuer von 50 Pf. pro Woche, so daß bei den Maurern Leipzigs pro Woche annähernd 2000 Mk. (pro Jahr 80 000 Mk.) dem Unterstützungsfonds zugeführt werden. Und dadurch sichern sich diese den gegen früher verhältnismäßig hohen Lohn. Wollt und könnt Ihr dem, was diese Arbeiter, denen Ihr Euch in geistiger Qualität doch jedenfalls gleichstellt, für nothwendig erkannt und durchzuführen, nicht nachsehen? Wollt und könnt Ihr jetzt nicht lieber Opfer an Pfennigen bringen, statt später Opfer an Mark zu bringen, gleichviel ob diese vom Unternehmer am Lohn gekürzt werden, oder ob wir sie Euch aus Mangel an Geldmitteln nicht gewähren können?

Wählt deshalb! Ihr seid gewarnt!

Vertennen wir auch nicht, daß selbst Pfennige für den Einzelnen schwer in die Waagschale fallen, so haben wir doch die feste Ueberzeugung, daß jeder bereit sein wird, vorsorgend für später sein Scherlein beizutragen. Haben wir doch stets Gelegenheit gehabt zu beobachten, wach' offene Hand Ihr für andere Zwecke — sei es für Unglücksfälle in der Familie Mitarbeitender, sei es für Erziehung und Ehrung Eurer Jubilare — und für Euch und Eure Angehörigen solltet Ihr leichtfertig handeln können? Wir glauben es nicht! Erst das Gegentheil könnte uns eines Anderen belehren.

Bedarf es denn aber wirklich erst des Hinweises auf Eventualfälle? Genügt Euch das brutale Vorgehen der von der deutschen Unternehmerschaft bereitwillig unterstützten dänischen Unternehmerschaft gegen 40 000 organisierte Arbeiter, oder das Vorgehen der deutschen Metallindustriellen gegen die Former nicht, oder wollt Ihr gar erst die Segnungen des Zuchtstrafgesetzes an eigenen Leibe verspüren? Nein, diese Thatsachen reben eine zu deutliche Sprache. Sie müssen Euch veranlassen, den „Unterstützungsfonds“ derartig zu gestalten, daß wir allen Gefahren, mögen sie kommen, von welcher Seite sie wollen, ruhig entgegensehen können mit dem Bewußtsein:

Wir sind gerüstet!

Korrespondenzen.

In Schwab. Gmünd befinden sich die Stuisarbeiter im Ausstand. Bezug ist fernzuhalten!

Hamburg. Bezug von Linirer ist fernzuhalten!

Berlin. Ueber die Kontobuchfabrik von Moritz & Kummer, Landsbergerstraße 72, ist Sperre verhängt!

Bresfeld. In der Kartonnagenfabrik von August Glaskamp hier wurden verschiedene Kollegen gemafregelnd und haben deshalb die anderen dafelbst beschftigten Kollegen und Kolleginnen die Kündigung eingereicht. Bezug soll ferngehalten werden!

St. Gallen, Schweiz. Die hiesigen Buchbinder und Kartonnagearbeiter sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Bezug ist fernzuhalten.

Hamburg. In der am 22. September bei Pingel tagenden öffentlichen Versammlung der Linirer und Anlegerinnen wurde Stellung zu einer eventuellen Lohnbewegung genommen.

Der Referent Kollege Meyer legte in seinem Vortrag die Verhältnisse der Linirer und ihrer Anlegerinnen klar. Er wies darauf hin, daß in sehr vielen Fällen nur ein Lohn von 18—19 Mk. gezahlt wird, daß die Ueberzeitarbeit während der Saison oftmals geradezu zur Regel werde und sich dann nicht in bescheidenen Grenzen halte, sondern halbe Nächte bauere. Die Buchbinder hätten 1896 ihre Forderung der 9stündigen Arbeitszeit durchgedrückt und hätten auch verschiedene Kollegen Vorteil davon gehabt, nun müsse man sehen, auch den anderen Kollegen diese Vorteile zu verschaffen. Die Zeit für die Durchbringung dieser Forderungen sei günstig, die Saison stehe vor der Thür und die Linirer seien knapp, so daß begründete Hoffnung vorhanden sei, daß die Prinzipale es nicht erst zu einem Kampfe kommen lassen würden. Redner bittet zum Schluß die Kollegen, sich zu den aufgestellten Forderungspunkten auszupressen und offen ihre Meinung zu sagen.

In der anschließenden ziemlich lebhaften Debatte erhält zunächst der Bevollmächtigte der hiesigen Zahlstelle des Buchbinderverbandes, Kollege Grimm, das Wort. Er freut sich zunächst darüber, daß seit 1896 auch die Linirer fortgeschritten seien. Damals sei es mit dem besten Willen und der größten Mühe nicht gelungen, die Linirer auch nur zum Theil zu organisieren und jetzt habe man dies aus sich heraus fertig gebracht. Er weist dann darauf hin, daß es den Linirern als kleiner Verein bei einem eventuellen Kampfe schwer werden würde, ihre Kollegen zu unterstützen und verspricht, mit Rath und That zur Seite zu stehen. Mächtiger sei es doch jedenfalls, wenn sie sich einer größeren Organisation anschließen, sie hätten dann doch einen festen Rückhalt; hierzu empfehle Redner den Verband der Buchbinder als den der nächstverwandten Berufsgenossen. Redner bespricht dann noch die einzelnen Forderungspunkte und erklärt sich im Allgemeinen damit einverstanden.

Die Kollegen Meyer und Wolter vertreten dem gegenüber die Ansicht, daß man auch allein mit dem Verlangten durchkäme und keine Hilfe von auswärts brauche. Kollege Worf vom Verband bespricht die Forderungen und macht verschiedene Vorschläge zu denselben. Glarner vom Hilfsarbeiterverband wünscht über die Verhältnisse der Anlegerinnen Genaueres zu erfahren und rekrutirt dieselben als Mitglieder für den Hilfsarbeiterverband. Kollege Meyer giebt über die Löhne der Anlegerinnen einige Aufschlüsse, wonach dieselben von 8—12 Mk. variieren und bemerkt Glarner gegenüber, daß, wenn man sich einem Verband anschließe, auch die Anlegerinnen dahin geführt, wo die Kollegen organisiert seien. Kollege Büch vom Verband kommt ebenfalls auf die Forderungen zu sprechen und wendet sich gegen in der Diskussion gefallenen Äußerungen, daß ein Minimallohn nicht zu fordern sei. Kollege Hobwaller spricht sich für Minimallohn aus und erklärt sich mit den Forderungen einverstanden. Wolter legt eine Resolution vor, welche die Forderungen enthält und begründet einige Änderungen zu der bereits von Meyer vorliegenden.

Nachdem noch die Kollegen Meyer, Hobwaller, Wegner, Worf, Grimm, Büch, sowie von den Hilfsarbeitern Glarner und Jäger theilweise wiederholt gesprochen, wird folgende Resolution angenommen:

„Die am 22. September 1896 bei A. Pingel tagende öffentliche Versammlung der Linirer und Anlegerinnen stellt folgende Forderungen auf:

1. Einführung der 9stündigen Arbeitszeit ohne Verkürzung des gegenwärtigen Lohnes.
2. Einführung eines Minimallohnens:
 - a) für jüngere Gesellen (Ausgelernte) 21 Mk. pro Woche; nach weiterer 2jähriger Thätigkeit 24 Mk. pro Woche;
 - b) für Anlegerinnen 12 Mk. pro Woche, Lehrlingmädchen für die ersten 4 Wochen 6 Mk. pro Woche, die übrige Zeit bis zur Dauer eines Jahres 9 Mk.
3. Abschaffung der Akkordarbeit.
4. Aufschlag für Ueberstunden 33 1/3 Prozent, Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent.

Bezahlung der gesetzlichen Feiertage.
Die Kommission wird beauftragt, diese Forderungen den Prinzipalen in geeigneter Weise vorzulegen und

als letzter Tag zur Beantwortung der 3. Oktober festgesetzt.

Nachdem noch darauf hingewiesen, daß Keiner sich in Unterhandlungen mit seinem Prinzipal einlassen möge, sondern dieselben an die Kommission verweisen solle, erfolgt Schluß der den Verhältnissen nach gut besuchten Versammlung.

Hannover. Endlich konnte die schon mehrfach zurückgesetzte Erörterung über die Berliner Vorschläge stattfinden. Der Tagesordnung nach sollte dem erst die Vorschlagswahl eines Saubevollmächtigten vorausgehen, doch nahm die Versammlung einen Antrag an, welcher die Debatte über die Berliner Vorschläge (Anträge sind es noch nicht) in den Vordergrund treten ließ. Die Beteiligung an der Debatte war eine ziemlich rege, von einem Endresultat kann aber nicht die Rede sein, denn Beschlüsse wurden nicht gefaßt. — Der Diskussion nach zu schließen, ist die Stimmung für die Berliner Vorschläge eine ziemlich getheilte.

Zu dem ersten Vorschlag: „Anstellung einer zweiten Vertrauensperson in Berlin“, spricht zunächst Kollege Harber. Derselbe giebt zu, daß, soweit er die Berliner Verhältnisse kennt, die Agitation in Berlin eine ungemein schwierige sei und steht er diesem Vorschlag durchaus nicht unsympathisch gegenüber, nur würde er entschieden dagegen sein, daß die betreffende Vertrauensperson von Berlin aus angestellt und gewählt werde, sondern es soll dieses dem Verbandsvorstand resp. dem Verbandstag überlassen bleiben. Diese Antipathie gegen die Berliner Wahlen sucht er auf die letzten dortigen Vorstandswahlen und die darauf folgenden Erörterungen und Auseinandersetzungen seitens einzelner Berliner Kollegen zurückzuführen. Des Weiteren führt Harber aus, wenn der Agitator auch seinen Wohnsitz in Berlin haben und den größten Theil des Jahres dort arbeiten könnte, müßte er auch noch Zeit haben, durch Agitationsreisen in anderen Zahlstellen agitieren zu können, denn so mancher Zahlstelle thäte es noch, hin und wieder einmal aufzuerstehen zu werden. Um die Kosten dafür zu decken, die ja dann vollständig der Verbandskasse zu fallen würden, schlägt er Folgendes vor: „Jede Zahlstelle behält bei der Abrechnung 2 Prozent weniger am Ort zurück wie bisher, also statt 20 Prozent nur 18 Prozent, die übrigen 2 Prozent insgesammt würden zur Deckung der Unkosten für den neuen Posten ausreichen und wären diese verhältnismäßig vertheilt.“ — Mehrmann ist entschieden gegen den Berliner Vorschlag und macht darauf aufmerksam, daß selbst in Berlin die Sache noch nicht einmal spruchreif ist, laut Bericht. In Folge dessen schlägt er vor, die Angelegenheit ruhen zu lassen bis zum nächsten Verbandstag, derselbe könnte sich eingehender damit beschäftigen. Besser allerdings würde es sein, wenn die Berliner diesen Vorschlag überhaupt fallen lassen und ihre Agitation in bisheriger Weise weitertreiben würden, nur mit dem Unterschied, daß den betreffenden Kollegen, welche die Agitation betreiben, eventuell eine kleine Vergütung zu Theil werden könnte; das Andere würde zu große Kosten verursachen, und das ginge nicht an, man müßte auch mit der Zukunft rechnen.

Von anderer Seite wurde vorgeschlagen, wenn man dem Berliner Vorschlag, die Redaktion vom Zentralvorstand zu trennen, die Berechtigung nicht absprechen will, doch lieber das Vorseheulie des Redakteurs mit dem des Kassiers einer Person zu übertragen, da diese beiden Posten keine (? Die Redaktion) doppelte Kraft erforderten, sondern ganz gut von einer Person versehen werden könnten. Es wurde zwar hervorgehoben, daß ein guter Kassier manchmal ein schlechter Redakteur sei, aber dies treffe in unserem Verband nicht zu, denn unser Haupteinverstand mit dem Eisen so vortheilhaft nach diesen beiden Seiten hinzuhauen, daß diesem Vorschlag eine ernste Erwägung wohl folgen könne. Das Bedürfnis, die Redaktion dem Verbandsvorsitzenden wegen Ueberlastung abzunehmen, ist ein nahezu bringendes geworden. — Auch der Berliner Vorschlag, die Zeitung wieder in Berlin erscheinen zu lassen, fand nicht die geringste Unterstützung und zwar aus sehr leicht erklärlichen Gründen. — Mit der allgemeinen Ansicht, diese Vorschläge der Zeit zu überlassen, resp. dem Verbandstag, ging man zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Vorschlagswahl eines Saubevollmächtigten“ (als Nachfolger des abreisenden Kollegen Waldau) über. Die Abstimmung ergab die Wahl des Kollegen J. Hemming.

Die unter Vertheilung vorgenommenen Ergänzungswahl der Arbeitsnachweiskommission fiel auf die Kollegen Hasselmann, Kalz und Doff.

Nach Erledigung des Fragekastens erfolgte um 11 Uhr Schluß der Versammlung. . . . a.

Berlin. Die am 19. v. Mts. tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle hatte folgende Punkte auf der Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Professor Dr. Gehe: Der Charakter; 2. der Vorkläger Krause, die Hebung der Zahlstelle Berlin; 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vortragende führte zum 1. Punkt ungefähr Folgendes aus: Das Streben eines jeden Menschen sei es oder müsse es sein, die Achtung seiner Nebenmenschen zu genießen. Was aber ist es, das diese Achtung verschafft? Sind es Genie, reiches Wissen u. s. w.? Es ist Niemand verpflichtet, ein geistreicher oder genialer Mensch zu sein, um die Achtung seiner Mitmenschen zu genießen, denn beides sind Gaben, welche gütige Götinnen ihren Bevorzugten mit in die Wiege legen, wohl aber muß Jeder, der nach dieser Achtung strebt, ein ehrlicher, moralisch und sittlich reiner Mensch, also ein Charakter sein. Das Wort Charakter stammt aus dem Griechischen und heißt ungefähr soviel wie eingraben, einprägen. Zu einem Charakter gehört es vor allen Dingen, sich selbst beobachten, nach moralischen Grundsätzen handeln, um durch diese eigene Begierden zu unterdrücken, vom Nichtigerkannnen nicht abzulassen, jedoch das, was man vertritt, im vollsten Umfang zu kennen und das eigene Wohl dem Gemeinwohl unterzuordnen. Ein solcher Charakter kommt nicht nur dem Träger desselben allein zu Gute, indem ihn derselbe in allen Lebenslagen einen festen Stützpunkt gewährt, sondern es bilden die Thaten eines solchen Allen ein vorleuchtendes Beispiel. Jedoch darf der Charakter nicht mit dem Eigensinn, den man wohl als Zerrbild des ersten Begegneten könne, verwechselt werden. Dieser faßt seine Entschlüsse ohne diese zu erwägen, er ist meist lieblos, egoistisch und verräth durch sich selbst einen oft sehr minimalen Verstand. Woburd aber wird nun ein Charakter erzogen und beeinflusst? Ein großer Schriftsteller sagte: Lebe so lange Du willst, die ersten zwanzig Jahre sind doch die längsten Deines Lebens. Der erste Erzieher hat stets den Vorrang vor allen anderen. Die Familie, die Mutter, welche die ersten Einbrüche im Leben des Kindes vermittelt, das erste Wissen lehrt, tragen neben diesem zum weitaus größten Theile zur Prägung des Charakters auch noch dadurch bei, daß sie dem Kinde in jeder Beziehung mit gutem Beispiel vorangehen. Da Kindern eine viel feinere Beobachtungsgabe, als man gewöhnlich annimmt, innewohnt, ist dies von besonderem Nutzen. Durch den Besuch der Schule wird dem Kinde dann die Gewöhnung an eine feste Lebensordnung, eine Erziehung zur Aufmerksamkeit und der Erwerb von Kenntnissen, freilich nicht ohne Zwang und beträchtlicher Einbuße an persönlicher Freiheit geboten. Mühsamwerth wäre es, wenn neben dem Sammeln von Kenntnissen aller Art auch noch für die Pflege des Gemeinsinns schon in den Schulen etwas mehr gethan werde. Die Erziehung in der Schule müßte mit der im Hause Hand in Hand gehen. Es könne da durch möglichst der Natur entnommenen Erzählungen, welche der Aufassungsgabe des Kindes angepaßt werden müßten, viel dazu beigetragen werden, daß dasselbe klar denken lerne. Als erheblich die Bildung des Charakters beeinflussend ist auch der Umgang mit in Berücksichtigung zu ziehen. Schlechter Umgang verdirbt gute Sitten ist ein nur zu wahres Wort. Es ist dieser mit Menschen, welche hinter glänzender Außenseite Egoismus, sittliche Verkommenheit und Anderes mehr verbergen, zu meiden; dagegen wird der Umgang mit solchen, denen es neben der nöthigen Charakterfestigkeit nicht an Herzengüte fehlt, und denen bei allen diesen Eigenschaften noch ein, wie man sagt, gesunder Menschenverstand innewohnt, sehr von Vortheil sein. Doch nicht der Umgang allein ist es, der den Charakter bildet, sondern es ist noch verschiedenes andere, was formend auf denselben einwirkt. „Es bildet ein Talent sich in der Stille, sich ein Charakter in dem Strom der Welt“ lehrt der Dichter Goethe. In diesem Kampfe mit den von Außen her herantretenden Hindernissen stützt sich der Charakter. Er darf im Stück nicht übermäßig, bei gescheitertem Erfolg nicht verzweifeln werden, sondern es müssen ihn erlittene Mißerfolge scharfsichtiger machen, ihn zu einer Beurtheilung seiner Kräfte, Fähigkeiten und seines Könnens erneut veranlassen und den Muth, seine Ueberzeugung auch weiter begeistert zu vertreten, stärken. Daß ein mit solchem Charakter ausgestatteter Mensch ein seines Ehrgefühls besitzt, ist selbstverständlich. Dieses Ehrgefühl befähigt ihn zu den größten Anstrengungen. Er wird alles das, was er ohne Verletzung der Selbstliebe erreichen kann, erstrebenswerth finden, vernünftiger Weise aber auch in

der Werthschätzung der Ehre die richtige Tare anzuwenden. Daß eine Verletzung der Ehre nicht ruhig hingenommen werden kann, ist ebenso selbstverständlich, wie es begreiflich ist, daß es ein moralisch und sittlich hochstehender Charakter verschmäht, diese Ehre, die ja doch ein nur geistiger Begriff ist, nicht etwa durch ein Duell, sondern durch geistige Waffen von dieser Verletzung zu heilen. Ein solcher wird dies umso mehr können, als er auf Grund klaren Denkens zu der Ueberzeugung gelangt sein muß, daß einem jeden Menschen Fehler anhaften, die zu vergeben er um so leichter im Stande sein wird, da er durch fortwährende Bewachung seines eigenen Selbst, und richtiger Einschätzung der eigenen Fehler den milderen Maßstab für das Thun und Treiben Anderer gefunden haben wird. Diese Stellung des Naturells unter die Aufsicht des Verstandes sei die größte That eines Charakters. „Tapfer ist der Schwensleger, tapfer ist der Weltbezwinger, tapfer, der sich selbst besieg“, besingt sie der Dichter. Zu dieser Selbstbeherrschung gehört eine bedeutende Willenskraft, welche, wenn auch dem Einen mehr, dem Andern weniger, je nachdem die Natur in dieser Beziehung ihre Gaben ausgestreut hat, innewohnt, doch einem Jeden in dem Maße zu Theil geworden sei, daß es ihm möglich ist, durch dieselbe seinen Charakter selbst zu bilden. Reicher Beifall wird dem Vortragenden am Schluß seiner Ausführungen zu Theil.

Einem Geschäftsordnungsantrag zufolge wird als zweiter Punkt der Tagesordnung der Streik bei der Firma Moritz & Kummer und sonstige Streiks behandelt. Hierzu theilt Kollege Schumacher mit: Die Firma Moritz & Kummer habe ihren Arbeitern und Arbeiterinnen der Buchhinderabtheilung von der Absicht, an den meisten Arbeiten den Lohn zu kürzen, Kenntniß gegeben. In einer Werkstubeversammlung wurde beschlossen, vorstellig zu werden, um diese Preisreduzierung zu verhindern. Dies geschah, freilich ohne Erfolg, und sahen sich deshalb die Arbeiter genöthigt, der Firma die Mittelfeilung davon zu machen, daß am Montag den 18. die Arbeit nicht wieder aufgenommen werde. Die Geschäftsleitung kam dieser Absicht zuvor, indem am Sonnabend vorher sämmtliches Personal der Buchhindererei entlassen wurde. Die geplanten Mühsige waren so enorm, daß ein Arbeiter, der 26 Mk. verdiente, nach den reduzierten Preisen höchstens 22 Mk. verdienen könnte. Kollege Bergmann giebt bekannt, daß von Seiten dieser Firma ein Zirkular an sämmtliche Kontobücherfabriken verschickt worden sei, in welchem als Grund des Streiks die Forderung, daß die Firma an lernende Buchhinderarbeiterinnen 13,50 Mk. bezahlen solle, angegeben wird, und die Fabrikanten erlucht werden, auswärtige Arbeiter nicht einzustellen. Nebener verurtheilt eine solche Handlungsweise auf das Schärfste und versichert, daß selbst die Fabrikanten diesen Mißgriff nicht acceptirten, indem in verschiedenen Kontobücherfabriken Ausständige schon untergebracht worden wären. Kollege Freitag würdigt noch einige Praktiken des Herrn Werkführers und gewissen Organisationsfreundes Schärne (räumlichen Angebensens bei der Firma Wöhlm, welcher dort wegen verschiedener Manipulationen beim Lohnzahlen gegangen wurde) und giebt einen großen Theil der Schuld an diesen Vorkommnissen dem selbstherrlichen Auftreten dieses Herrn. Bedauerlicher Weise hat sich ein organisirter Arbeiter dort als Arbeitswilliger etablirt und sorgt erfreulicher Weise die Polizei für dieses und noch mehrerer anderer Herren Schutz in ausreichendem Maße. Der Name dieses Herrn ist Rudolf Brandes. Es wird beschlossen, den Streikenden pro Person und Woche 3 Mk. Sozialzuschlag zu gewähren.

Kollege Bytomski berichtet über Differenzen in der Werkstube von Friedrichowitsch. Es ist in dieser Werkstube bis vor kurzer Zeit fast unmöglich gewesen, für die Organisation festen Boden zu schaffen, da Vertrauensleute dort gewöhnlich ein sehr schnelles Ende nahmen. Jetzt liegt ein solcher Fall wieder vor und würde es nun wohl einmal nöthig sein, dem Herrn berartige Mühsigen ein für alle Mal abzugewöhnen, sowie für die Kollegen und Kolleginnen eine menschenwürdiger Behandlung zu verlangen. Von sämmtlichen zu dieser Sache sprechenden Rednern wird ein scharfes Vorgehen befürwortet.

Kollege Weinschild giebt einen Ueberblick von der beendeten Lederarbeiterbewegung, woraus ersichtlich ist, daß überall da, wo die Arbeiter Forderungen gestellt haben, sie diese auch bewilligt bekamen. Redner bebauert, daß durch den Indifferentismus vieler Kollegen in manchen Werkstuben, wo etwas zu erreichen war, nichts gethan werden konnte. Der nummehr zu ver-

handelnde dritte Punkt, der Vorschlag Krause „Die Hebung der Zahlstelle Berlin“, wird von der Tagesordnung wegen vorgerückter Zeit abgesetzt. Nachdem noch mitgeteilt wird, daß am 15. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, die Einweihung der Zahlstelle Wlbershof stattfindet, desgleichen am 8. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, Besuch der „Urania“, Raubensstraße, mit anschließendem gemütlichen Beisammensein mit Tanz bei Feuerstein; am 21. Oktober, Abends 7/9 Uhr, ein Besuch der Ereptower Sternwarte, und von Seiten des Buchbinder-Männerchors am 15. Oktober Abends, bei Cohn ein Unterhaltungsabend geplant sei, kritisiert Kollege Krause das Oründen der Zahlstellen in der näheren Umgebung von Berlin. Er ist der Meinung, daß dadurch die Werkstubenorganisation einen Schaden insofern erleidet, als eine Kontrolle über die Mitglieder erschwert werde, und dadurch den Druckebergern in unseren Reihen eine Thür geöffnet werde, durch die ein Durchschlüpfen nicht schwer sei. Redner verpflichtet sich von der Tätigkeit eines Vertrauensmanns für diese Vororte die gleichen Resultate. Eine ähnliche Ansicht vertritt Kollege Spitzner. Gegen diese Ansicht des Kollegen Krause wenden sich die Kollegen Brückner, Wilhelm, Schulze, Schmitts, War und Weinschild. Es wird von diesen Kollegen unter Hinweis auf das schnelle Wachstum dieser Zahlstellen (Charlottenburg und wohl auch Wlbershof) der Beweis für erbracht erachtet, daß es zweckmäßig sei. Auch teilen diese nicht die Ansicht Krauses über die in den Werkstuben auszuübende Kontrolle, die sie als durch zeitweilige Vorzeigung des Mitgliedsbuches als für erbracht erachten. R. G.

Berlin. Am 26. September fand bei Feuerstein eine öffentliche Kontobucharbeiterversammlung statt, welche den Streit bei Moritz & Kummer und die Lage der Arbeiterinnen in der Kontobuchbranche auf der Tagesordnung hatte. Kollege Bergmann referiert einleitend Folgendes: Die Kontobuchbranche in Berlin hat verhältnismäßig wenig Streiks aufzuweisen. Zu erwähnen ist der mißlungene bei Rosenthal vor ungefähr 9 Jahren, durch welchen die Werkstube damals für den Verband verloren ging. Trotzdem haben wir hier jetzt wieder festen Fuß gefaßt. Dann machten uns Moritz & Kummer schon 1896 bei Einführung des Tarifs insofern Schwierigkeiten, als das Personal die Forderungen erst nach dreitägigem Ausstand erhielt, welche in den meisten Fabriken schon bestanden, oder ansichtslos bewilligt wurden. Es ist bedauerlich, daß die Arbeiterinnen von den Forderungen so wenig erhalten haben, doch ist ihnen dies selbst zuzuschreiben, indem sie die Vorteile einer festen Organisation immer noch nicht erkennen können, wovon der schwache Besuch der heutigen Versammlung, namentlich seitens der Kolleginnen, wieder einmal Zeugnis giebt.

Die Ursachen des jetzigen Streiks sind enorme Preisreduzierungen. Nachdem die Verhandlungen der Kollegen wie auch der Vertrauenspersonen der Organisation mit den Herren Moritz & Kummer gescheitert, stellte das Personal die Arbeit ein. Die Vertrauenspersonen konnten in diesem Falle von einem Werkstubenstreik nicht abraten, da sich das Personal unter keinen Umständen noch Abzüge von den schon niedrigen Preisen gefallen lassen durfte. So erhielt eine geübte Hefsterin 13,50 Mk., während in Berlin wohl überall 18 Mk. Mindestlohn bezahlt werden. Es ist ja traurig, daß das Mädchen überhaupt für den niederen Lohn gestiftet hat. Die Paginiererin erhielt gleichfalls 13,50 Mk., Arbeiterinnen auf Buchbinderei 10—11 Mk. Bei Alford standen sich die Arbeiterinnen um eine ganze Mark besser. Als nun das Personal in den Streik getreten, erklärte die Firma sämtliche Streikende für entlassen und hoffte vielleicht, durch diesen Schreckfuß einige zum Umfall zu bringen, was jedoch nicht geschah. An die hiesigen Kontobuchfabriken wurde seitens der Firma auch ein Mundschreiben gerichtet mit dem Erfuchen, die Streikenden nicht einzustellen, da sie die Arbeit eingestellt hätten, weil den ungeliebten Arbeiterinnen der Minimallohn von 13,50 Mk. nicht gezahlt werde, während man doch direkt auf eine Reduzierung ausging. Dieses Schreiben muß aber sehr wenig beachtet worden sein, denn Hefenstahl & Zumppe verlangte auf unserem Nachweis gerade streikende Arbeiterinnen von Moritz & Kummer. Ein Theil Ersatzkräfte hat sich ja leider auch gefunden, um den Herren aus der Verlegenheit zu helfen. Daß bei solchen Leuten oft recht wertwürdige Elemente sind, ist ja bekannt. Der eine, Brandes, war bei 8stündiger Arbeitszeit und 24 Mk. pro Woche in Stellung und ging mit demselben Lohn und 9stündiger Arbeitszeit nun nach Moritz & Kummer. Der zweite, Lindemann, erhielt bei der 96er Bewegung 6 Wochen Unterstützung

und ließ dann nichts mehr von sich hören. Ferner hat ein Beschneider einen halben Tag einen Posten Block v erschnitten und ist Nachmittags schon lieber nicht mehr gekommen. Außerdem hatten ein paar Desterreicher angefangen, hörten aber sofort auf, als sie von dem Streit Kenntnis hatten; zur Ehre unserer österreichischen Kollegen sei dies erwähnt. Es arbeiten 4 männliche und 7 weibliche Personen, die können den Koffel aber nicht fett machen, zumal L. ein sehr minimaler Arbeiter ist. Von den Ausländigen sind schon mehrere untergebracht. Erwähnt sei noch, daß ein organisierter Linitrer bei vierwöchentlicher Kündigung stand. Dieser kündigte seine Stellung ebenfalls, konnte aber sogleich aufhören und hat für die nächsten vier Wochen keine geringere Arbeit zu leisten, als jeden Sonnabend seinen Lohn abzuholen. Immer nobel, wenn's auch schwer fällt.

Es wird auch das Verhalten des Werkführers Scharne einer derben Kritik unterzogen. Dieser Mann, welcher die Hauptschuld an dem Ausstand trägt, war seiner Zeit Werkführer in der hiesigen Fabrik von Wehlem. Dort ließ er sich Manipulationen zu schulden kommen, wegen denen er entlassen wurde. Bemerkenswert ist hier noch, daß unsere Schwäger bei Moritz & Kummer, die Buchdrucker, es als sehr verdienstlich betrachten, die arbeitswilligen Mädchen unter ihrem Schutze nach Hause zu bringen. (Werden wohl nur Einzelne sein. D. Red.)

In der Diskussion wird von den älteren Kollegen Scharne nochmals unter die Lupe genommen. Siegerist bemerkt, daß schon vor 5 Jahren derselbe Fall, betreffend Abzüge, bei Moritz & Kummer war. Freitag erwähnt die Anwesenden, darauf zu achten, daß sie keine Arbeiten für Moritz & Kummer herstellen.

Beim 2. Punkt zeigt Lemser an einer Statistik, daß die Löhne der Arbeiterinnen in der Kontobuchbranche bedeutend niedriger sind, als in Buchbindereien. Es zählt z. B. die große Fabrik von Niesensplatz & Zumppe den jungen Arbeiterinnen noch 7,50 Mk., während der Lohn für Anfängerinnen doch 9 Mk. beträgt. Die Schuld hieran tragen die Arbeiterinnen selbst, da sie sich der Organisation nicht anschließen; diese Notwendigkeit ist von den Arbeiterinnen in Buchbindereien schon in viel größerem Maße eingesehen. Es liegt dies ja viel daran, daß unsere Kolleginnen in Buchbindereien gewöhnlich das Uebergewicht haben, was in der Kontobuchbranche nicht der Fall ist. Umso mehr sollen aber die Kontobucharbeiter dafür sorgen, daß hier Wandel geschaffen wird und in eine rege Agitation eintreten, da man doch nie vergessen darf, daß auch in dieser Branche die Arbeiterin eine starke Konkurrenz werden kann. Um hier aber erfolgreich wirken zu können, ist es unbedingt notwendig, die Arbeiterin mehr wie bisher als gleichwertigen Faktor, als Kollegin zu betrachten und ihr namentlich auch in moralischer Beziehung als Vorbild zu dienen. B. E.

Charlottenburg. Unsere beiden letzten Mitgliederversammlungen erfreuten sich wie immer zahlreichen Besuches, doch war die Tagesordnung nur beschränkt. Hatten wir uns in ersterer hauptsächlich mit unserem bevorstehenden Vergnügen zu beschäftigen, so in letzterer mit der Ausgabe der Programms und der weiteren Ausgestaltung des Vergnügens. Außerdem hatten wir die Neuwahl eines Kassiers vorzunehmen an Stelle des nach Berlin überfiedelnden Kollegen Enghardt und wurde an dessen Stelle Kollege Winkler einstimmig gewählt. Was unser Vergnügen anbetrifft, haben wir nach Kräften dafür gesorgt, unseren Kolleginnen und Kollegen einen genussreichen Abend zu verschaffen. Konzert, Gesang, humoristische Vorträge wechselten miteinander ab. Für die Gesangsaufführungen haben wir den Berliner Buchbinder-Männerchor gewonnen. Zum Schluß natürlich Tanz. Das Vergnügen findet am 22. Oktober statt. Weil Sonntag, so erwarten wir zahlreichen Besuch, speziell von Berlin, sind wir doch auch niemals die Letzten am Platze, wenn die Berliner ihr Vergnügen haben. Hoffen wir also, daß sich die Berliner Kolleginnen und Kollegen ebenfalls erniedrigen und sagen werden: „Ich gehe heute aus Langeweile nach Charlottenburg, dort halten die Buchbinder ihr erstes Vergnügen ab.“ Näheres wird durch Inserat bekannt gegeben.

Silbert. NB. Zu der Angelegenheit der Kollegen bei Wofz teilen wir mit, daß die Forderungen: 9stündige Arbeitszeit, Minimallohn 21 Mk. und Bezahlung der gesetzlichen Feiertage, sämtlich bewilligt worden sind und treten die neuen Bedingungen mit dem 1. Oktober in Kraft. Also auch in Charlottenburg, im geheimräthlichen Westen, lassen sich bessere Zustände schaffen, wenn

nur die Einigkeit da ist, der gute Wille entwickelt sich von selbst. Früher waren ein und zwei Kollegen organisiert, heute sämtliche. Mögen die fernstehenden Kollegen sich dieses zu Herzen nehmen und sich der Organisation anschließen, denn nur dadurch kommen wir vorwärts.

Barmen. Am 1. Oktober fand hier selbst wieder eine öffentliche Buchbinderversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Macht unserer Organisation; 2. Bericht der Lohnkommission. Zum ersten Punkte führte der Referent Kollege Oberle aus, welchen Zweck die Organisation hat und welche Vorteile eine feste geschlossene Organisation bringt. Wir sind gerade so gut wie die anderen Organisationen im Wuppertal im Stande, unsere Lage zu verbessern und letzteres ist notwendig, denn unser Beruf wird im Wuppertal zu den am schlechtest bezahlten gerechnet. Die in den Fabriken beschäftigten Arbeiter werden durchschnittlich alle besser bezahlt als die Buchbinder.

Hierauf gab Kollege Müller den Bericht der Lohnkommission. Die gemeinschaftliche Lohnkommission Elberfeld-Barmen hat in ihren Sitzungen die zu stellenden Forderungen beraten und beschlossen, diese der Versammlung wie folgt zur Beschlußfassung zu unterbreiten:

Ein Minimallohn für Gehilfen im Alter bis zu 20 Jahren 18 Mk., über 20 Jahre 21 Mk. Zehnstündige Arbeitszeit, mit Ausnahme Samstags neunstündige.

Für Ueberstunden bis 10 Uhr 33/3 Prozent Zuschlag, nach 10 Uhr, sowie Samstag und Sonntags 50 Prozent Zuschlag.

Bezahlung der gesetzlichen, sowie vom Geschäft angeordneten Feiertage.

Eine lebhafteste Debatte entfaltet sich zu diesen Punkten und erklärte sich schließlich die Versammlung mit den aufgestellten Sägen der Lohnkommission einverstanden. — Seitens des Vorstandes wurden die Kollegen ersucht, doch zahlreich in den Verband einzutreten und auch in den Werkstuben durch rege Agitation von Mund zu Mund unter den Kollegen tätig zu sein.

Unsere nächste Versammlung findet nächsten Sonntag Morgen um 11 Uhr im Lokal bei Peter Thiel statt.

Mit einem begeistert ausgebrachten Hoch auf den Buchbinderverband schloß der Vorsitzende die Versammlung. Der Erfolg der Versammlung war zunächst nur 10 Neuaufnahmen und heißt es hier noch fest arbeiten, um die Lohnforderungen durchzudrücken.

Kollegen und Kolleginnen Barmens! Haltet zusammen, tretet dafür ein, daß die gestellten Forderungen binnen kurzer Zeit durchgedrückt werden. Mag sich kein Feigler zeigen. Darum, tretet alle ein in die Organisation, Niemand darf fehlen, dann werden wir auch hier unsere gerechten Forderungen bewilligt erhalten.

Krefeld. Die Kollegen und Kolleginnen bei der Firma August Klaskamp hier veranstalteten am Montag den 25. September Nachmittags ein Kaffeetränken in Bodum, an dem sich sämtliche beteiligten. Neben Musik, Deklamationen und Tanz, was auch Abends im Hause Schnivasser sich fortsetzte, wurde auch dem ersten Streben Rechnung getragen und gelang es dem Kollegen Fitten, dem Verband zwei neue Mitglieder zu gewinnen, drei oder vier andere werden noch nachfolgen. Zum Schluß erwähnte er nochmals in kräftigen Worten, dem Verband treu zu bleiben und an ihm festzuhalten, denn nur durch die Organisation ist es möglich, günstige Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bekommen und zu erhalten. In ein dreifaches Hoch auf den Verband stimmten sämtliche Anwesenden ein. Hoffen wir, daß die an diesem Tage so schön zum Ausdruck gekommene Einigkeit unter den Kollegen und Kolleginnen fortbesteht und täglich sich befestigt.

Striegau. Sonntag den 17. September fand im Gasthof „Zum weißen Schwan“ hier eine Besprechung der hier arbeitenden Kollegen statt. Leider waren von 9 in Kunst stehenden Kollegen nur 6 erschienen. Kollege Faste-Bredlau sprach über Zweck und Ziel des Verbands. Am Schluß seiner Ausführungen forderte er die Kollegen auf, dem Verband beizutreten. Es ließen sich auch 6 Kollegen aufnehmen. Gegen Mittag desselben Tages kamen noch 2 Kollegen zugereist, welche schon Verbandsmitglieder sind, so daß sich die Mitgliederzahl hier auf 8 erhöhte. Als Vertrauensmann wurde Kollege D. Wende, Striegau, Kirchstr. 25, gewählt.

Wilm a. Rh. Zwangsinnungsversammlung der Buchbinder Kölns. In einer am Montag den 25. September hier abgehaltenen Versammlung der am 1. September d. J. gegründeten

Buchbinderzwangsinnung kam es zeitweilig zu recht erregten Szenen. Die Gegner der Zwangsinnung waren zahlreich erschienen und machten den Herren vom Bopfzwang viel zu schaffen. Bemerkenswert ist, daß bei der Wahl zweier Mitglieder zum Gesellensauschuß sich nicht ein einziger aus der Versammlung entschließen konnte, die Wahl anzunehmen. — Ich will des Weiteren nur zwei wichtige Anträge, welche der Versammlung vorlagen, hier erwähnen. Von Seiten der Freunde der Zwangsinnung lag ein Antrag vor, die hiesige Innung solle sich dem „Bunde deutscher Buchbinderinnungen“ anschließen. Von den Innungsgegnern wurde dagegen mit Recht hervorgehoben, man solle doch den Mitgliedern, die gegen ihren Willen für eine Institution, an deren Grundsätzen und Bestrebungen sie keinen Gefallen fänden, ohnehin schon Zeit- und Geldopfer bringen müßten, nicht zumuten, noch weitere Opfer für den Bund und dessen Organ zu bringen. Der Antrag wird hierauf mit großer Majorität, zu der auch die gesammten Vorstandsmitglieder zählten, abgelehnt.

Ferner lief kurz vor Schluß der Versammlung von den Innungsgegnern ein von 26 Anwesenden unterstützter Antrag ein; derselbe lautet: „Die unterzeichneten anwesenden selbständigen Buchbindermeister stellen hiermit den Antrag auf Auflösung der Buchbinderzwangsinnung zu Köln.“ Dieser Antrag wird wie folgt motiviert: Die Debatten in der heutigen Versammlung haben zur Genüge bewiesen, daß die über große Mehrzahl der Anwesenden nicht nur kein Interesse für die Zwangsinnung hat, sondern daß die Bestrebungen derselben auch mit unseren Ueberzeugungen und mit unseren wirtschaftlichen Anschauungen im direkten Widerspruch stehen. Einer solchen Institution aber noch fernerhin als Mitglieder angehören zu müssen, widerspricht unserem Rechtsgefühl und ersuchen wir daher den Vorstand, schnellstens die einleitenden Schritte, welche zur Durchführung unseres Antrags statutarisch notwendig sind, zu veranlassen.

Der Antrag wird in der nächsten Innungsverammlung, die statutengemäß 14 Tage vorher bekannt gegeben werden muß, zur Abstimmung und — voraussichtlich zur Annahme gelangen, da selbst die gesammten Vorstandsmitglieder gegen die Zwangsinnung Front machen und voraussichtlich mit den Antragstellern Hand in Hand gehen werden.

Dresden. In der Versammlung vom 23. September hielt Kollege Böttcher einen Vortrag über Lebertechnik, diese praktisch demonstrierend. Der Vortragende führte aus: Die Lebertechnik ist ein Zweig der Buchbinderei und geht mit dieser Hand in Hand. Im hiesigen Gewerbemuseum sind alte Originale vorhanden, woraus man sieht, daß Lebertechnik, oder auch Leberschnitt genannt, schon im dreizehnten bis sechzehnten Jahrhundert getrieben wurde. Aus jener Zeit stammen auch die bekannten portugiesischen Stühle, welche Bezeichnung sich noch bis heute erhalten hat. Im dreißigjährigen Kriege ist diese Kunst jedoch verloren gegangen und erst in neuerer Zeit ist man wieder darauf zurückgekommen. Man versuchte auch, den Leberschnitt mit der Presse herzustellen, jedoch haben diese Arbeiten nicht den Werth der Handarbeit, da sich letztere besonders durch ihre scharfen Konturen auszeichnet. Ende der siebziger Jahre war es besonders Hulbe in Hamburg, welcher die Lebertechnik wieder in Ansehen brachte, hauptsächlich durch seine Fertigkeit im Zeichnen, die er sich an der Gewerbeschule angeeignet hatte. Er verstand es, auch in seinen Leuten das Verständnis für die Bedeutung der Lebertechnik zu wecken. Besonders durch die Methode des Hochschreibens ist seine Werkstatt zu großem Ruf gelangt. Zum Beispiel sind die Stühle im Reichstag aus seinem Atelier hervorgegangen. — Referent zeigte Modelle vor, auch Abdrücke von Pressungen, um den Unterschied von Maschinen- und Handarbeit zu zeigen. Der Leberschnitt geht in der Weise vor sich: Die Zeichnung oder Pause wird auf das zu verarbeitende Leder geheset, welches vorher angefeuchtet wurde, dann wird mit einem Stift auf der Pause nachgezogen. Nachdem die Zeichnung ins Leder eingeschritten mittels eisernem Stiftes ausgegriffen, dann zur Hauptarbeit, zum Treiben, vorbereitet. Das Leder wird nochmals angefeuchtet und vermittels Ringformen aus Leder von der Rückseite herausgearbeitet, während von vorn, mit Hilfe von Blechkonturen nachgeholfen wird. Mit einem Knetteig aus Mehl, Sägemehl und Wasser werden dann die Vertiefungen in der Rückseite ausgefüllt. Es läßt sich auch hier nur etwas Brauchbares und Elegantes schaffen, wenn in dem Arbeiter das künstlerische Empfinden vorhanden ist. Es folgt

dann das Punzen, welches vermittels verchiebener eiserner Punzen geschlagen wird und große Sorgfalt erfordert. Danach wird die Arbeit mit Eisenlauge gebeizt; dadurch, daß die Lauge mehr in die tieferen Stellen bringt, heben sich die erhabenen Stellen heller ab, was auch vom Referent vorgeführt wird. Die Rückseiten größerer Stellen werden behufs Vergoldung mit Anlegeöl überfahren, das Gold vierundzwanzig Stunden aufgelegt und danach mit Schellack überfahren. Zum Schluß führt Redner aus, daß sich auch in neuerer Zeit unter den Lebertechnikern die Erkenntniß Bahn bricht, sich organistren zu müssen, da die Arbeitsteilung immer mehr Platz greift und die Lohnverhältnisse durch die Konkurrenz und durch Mädchenarbeit ungünstiger werden. Auch durch das System der Hausarbeit wird der Lohn immer mehr gedrückt.

Der Vorsitzende spricht dem Vortragenden den Dank der Versammlung für den lehrreichen Vortrag aus.

In der Diskussion betont Kollege Wienhold, daß Handarbeit stets eine Kunst ist, leider ist aber beim großen Publikum wenig Verständniß für Kunst vorhanden und der Arbeiter hat weder Zeit noch Geld, sich der Kunst zu widmen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Gewerkschaftliches, macht Kollege Müller auf die Exkursion nach Witz's Naturheilstaats aufmerksam. Wienhold beklagt die Interesslosigkeit der Dresdener Kollegen und verspricht sich bessere Erfolge durch Werkstubeversammlungen. Kollege Wiese bespricht eine Angelegenheit der Werkstube Seifert, den dort beschäftigten Kollegen unsofortiges Verhalten vorwerfend. Kollege Albert erwidert, daß diese Angelegenheit schon in der vorigen Versammlung besprochen und auf dem Gewerbergericht erledigt sei. Zur Frage der Agitation am Ort empfiehlt er Agitation von Mund zu Mund. Auch führt er an, daß die Kollegen in Leipzig die günstige Konjunktur benützen um den Tarif zu erhöhen, und daß die Organisationsbestrebungen der Buchbinder in Italien und Norwegen jetzt Fortschritte erkennen lassen. Kollege Böttcher ermahnt die Kollegen zum Schluß, in der Aufklärungsarbeit nicht nachzulassen.

Frankfurt a. M. Der Gau VI leidet schon seit einigen Jahren an einer Krankheit, die man im gewöhnlichen Leben Trennung oder Heilung nennt. Damals, ungefähr vor zwei Jahren, kamen Berichte auf Verichte aus Altenburg in unserer Zeitung, die darauf abgesehen waren, eine Spaltung herbeizuführen. Um diesem Uebel abzuhelfen, ordnete der damalige Gaubevollmächtigte Otto Brumm an, daß der Gau VI in zwei Bezirke eingetheilt wurde. Kollege Langer in Altenburg wurde nun im zweiten Bezirk (Thüringen) als Vertreter ernannt. Nicht genug damit, griff letzterer auch damals den Gauvorstand persönlich an; der Gauvorstand schloß sich, da er seit einem Jahre keine Nachricht von Kollegen Langer erhalten hatte, nicht verpflichtet, demselben eine Antwort auf die Angriffe in der „Buchbinderzeitung“ zukommen zu lassen, da diese Angelegenheit in einem brieflichen Verkehr besser geordnet werden können. Die Geschäftsstelle Frankfurt, in der Meinung, der Bevollmächtigte des Gaus sei Schuld daran, zwang denselben, sein Amt niederzulegen. Man ließ nun den zweiten Bezirk schalten und walten; der neue Gaubevollmächtigte Kollege Schaumberg und jetzt Kollege Busch, berichteten von Zeit zu Zeit in den Versammlungen, daß Verichte aus Altenburg nicht eingetroffen seien.

Am 20. August wurde nun ein Bezirkstag in Eisenberg abgehalten und Kollege Busch, als Gaubevollmächtigter, wohnte demselben bei. Dieserhalb kamen „Die Verhandlungen des zweiten Bezirkstages in Eisenberg“ in unserer Versammlung am 18. September auf die Tagesordnung, war doch in der Versammlung vorher die Frage aufgeworfen worden, ob Kollege Busch berechtigt war, diese Reise zu machen. In besagter Versammlung tabelte unser Vorsitzender Kollege Würzberger den Vertreter des zweiten Bezirks, da er sich gegen das Statut vergangen habe; nur der Gauvorstand sei berechtigt, Gautage und Bezirkstage einzuberufen, wenn es die Nothwendigkeit bedingt. Wegen Verichterstattung sei es nicht nothwendig, Bezirkstage abzuhalten. Ein Berliner Antrag, die Zeitung dorthin zu verlegen, sei gar nicht vorhanden, mithin hätten die Kollegen in Eisenberg auch gar nicht dagegen zu sprechen brauchen. Kollege Busch, auf sein Verhalten in verschiedenen Angelegenheiten auf dem Bezirkstag aufmerksam gemacht, giebt bekannt, daß der Bericht hierüber in Nr. 35 fertig gefärbt sei, und daß er in verschiedenen Punkten mit dem Thüringer Kollegen in Opposition getreten sei. Die Kollegen Schaumberg und Hünsche stellen fest, daß

Kollege Langer schon seit Jahren ein Verhalten gezeigt, wie es Kollegen gegenüber sich nicht ziemt. Kollege Würzberger brachte nun folgende Resolution ein:

„Die Mitgliederversammlung der Geschäftsstelle Frankfurt a. M. kann aus dem Verlauf der Verhandlungen des Bezirkstages zu Eisenberg eine Nothwendigkeit zur Abhaltung beratiger Bezirkstage nicht konstatiren, ersucht den Gauvorstand, seine Einwilligung zur Abhaltung von Bezirks- oder Gautagen nur dann zu geben, wenn die Mehrzahl der im Bezirk oder Gau befindlichen Mitglieder sich dafür erklären, und zweitens wenn ein wirkliches Bedürfniß dafür vorhanden ist, d. h. wenn die Agitation im Bezirk oder Gau eine gemeinsame Ausrage erheischt. Stellungnahme zur Urabstimmung, Regelung interner Angelegenheiten sind Sache der einzelnen Geschäftsstellen im Gau; ebenso können die Berichte über den Stand der einzelnen Geschäftsstellen in der Zeitung veröffentlicht werden und bedürfen eines Bezirkstags nicht. Die Versammlung bebauert des Weiteren die Sonderstellung des zweiten Bezirks im Gau VI und erwartet von den in Betracht kommenden Geschäftsstellen eine strikte Einhaltung des Verbandsstatuts.“

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Als zweiten Antrag stellt Kollege Steiberg der Versammlung anheim, den Schriftführer in der nächsten Versammlung seines Amtes zu entheben, da er zu wenig Artikel in der Zeitung bräute.

Der Schriftführer verzichtet auf diesen Posten, behält sich aber vor, Kritik zu üben an den ungesunden Verhältnissen in unserer Geschäftsstelle, an denen dieselbe schon seit Jahren leidet.

Otto Brumm, Schriftführer a. D.

Fürth. Die für Sonntag den 10. September anberaumt gewesene gemeinschaftliche Versammlung der Geschäftsstellen Nürnberg, Fürth, Erlangen, Würzburg wurde vom Einberufer Nachmittags 3^{1/2} Uhr eröffnet. Als Vorsitzender wurde Kollege Seybold, als Schriftführer Kollege Harter gewählt. Die Verhältnisse im Gau VIII waren berart verworren, daß eine Besprechung unter den Geschäftsstellen Nordbayerns sich als nothwendig erwies, in Folge dessen lautete die Tagesordnung: Die augenblickliche Lage im Gau VIII. Die Geschäftsstelle München hatte zur Begründung und Rechtfertigung ihres Standpunkts und des an die Geschäftsstelle verschickten Antrags den Kollegen Dittrich delegirt. Auf einer Besuchsreise begriffen, benützte Kollege Hauelsen aus Stuttgart die Gelegenheit, der Versammlung beizuwohnen, um, wenn auch nicht offiziell, den Standpunkt des Verbandsvorstands zu vertreten.

Als erster Redner gab Kollege Dittrich eine Erklärung des gesannten Verhältnisses zwischen den beiden Behörden Verband und Gauvorstand. Der bisherige Gaubevollmächtigte leidet an hochgradiger Nervosität, in Folge dessen die Maßnahmen des Verbandsvorstands auf ihn eben sehr aufregend wirkten und die gegenseitige Stimmung immer gespannter wurde. Der Gauvorstand glaubte sich von der Verbandsleitung ignortirt, da nach Mittheilung Dittrichs derselbe mit Mitgliedern im Gau VIII in direkten brieflichen Verkehr trat, betreffend Agitation. Man hat es nicht einmal der Mühe werth gefunden, dem Gauvorstand Mittheilung von der Wahl eines Bezirksvertrauensmanns zu machen. Der bereits für Regensburg festgesetzte Gautag wurde durch das hitandse Vorgehen des Verbandsvorstands unmöglich gemacht. Alle diese Umstände nöthigten den Gauvorstand zu demissioniren. Ein vom Kollegen Dittrich im Auftrag des Gauvorstands eingesandter Artikel, der den Zweck haben sollte, den Mitgliedern Einblick in die Verhältnisse zu geben, wurde von der Redaktion der Verbandszeitung zurückgewiesen, unter Hinweis auf eine Bekanntmachung des Verbandsauschusses. Dieses Vorkommniß war nun geeignet, die Angelegenheit in dieser unangenehmen Weise zuzuspitzen. Dittrich bezieht diesen Zustand als unter den berüchtigten russischen Pressverhältnissen stehend. Die Geschäftsstelle München wünscht dringend eine gründliche Regelung der Verhältnisse, sie läßt sich jedoch in keiner Weise als den allein schuldigen Theil erklären und ist unter Umständen genöthigt, die Entscheidung eines Verbandstages zu beantragen.

Kollege Hauelsen als nächster Redner erklärt, daß von einer Chikantrung seitens der Verbandsleitung dem Gauvorstand gegenüber keine Rede sei. Auf die ziemlich temperamentovolle Korrespondenz aus München sei es eben sehr leicht erklärlich, daß von Seite des Verbandsvorstands in ähnlicher Weise erwidert und gehandelt wurde. Die Zurückweisung des Münchener Artikels sei kein eigenmächtiger Schritt des Redakteurs, sondern erfolgte im Einverständniß mit dem Verbandsauschuß, in seiner Eigenschaft als Preßkommission.

Kollege Josef glaubt, daß der Gau VIII seit der gegenwärtig bestehenden Gaueinteilung ein rückständiger gewesen und es langer Arbeit bedürfe, um eine geregelte Agitation erfolgreich betreiben zu können. Die Nichtaufnahme des genannten Artikels hält Josef für einen neuen Beweis der Nothwendigkeit, die beiden Aemter Verbandsvorstand und Redakteur von einander zu trennen.

Die Zahlstelle Nürnberg glaubt eine Einigung am sichersten erzielen zu können, wenn eine Entscheidung des Verbandsausschusses herbeigeführt wird; Josef erklärt denselben als eine unparteiische Institution, die das Vertrauen der Mitglieder verdient.

Kollege Böllner spricht in versöhnlichem Sinne und glaubt, daß sich eine Einigung auch erreichen lasse, ohne den Verbandsausschuß mit der Sache zu belasten. Nach seiner Ansicht ist wohl die Hauptschuld der Zahlstelle München und der Gauleitung zuzuschreiben. Kollege Küster glaubt, daß auf beiden Seiten gefehlt worden sei und der Ausschuß die Angelegenheit am Besten entscheide.

Die Zahlstelle Nürnberg hatte bereits in einer Mitgliederversammlung Stellung genommen und eine Resolution gefaßt, die vom Vorsitzenden Kollegen Seybold der kombinierten Versammlung mitgeteilt wurde. Nach kurzer Diskussion gelangte dieselbe zur Annahme in folgendem Wortlaut:

„Nach eingehender Diskussion über die Verhältnisse im Gau Bayern erklärt die heutige Versammlung:

Obwohl die heutige Versammlung einen großen Theil der Schuld an den unhaltbaren Zuständen im Gau VIII dem Gauvorstand zuschreibt, ganz besonders dessen Amtsniederlegung tadelt, ist dieselbe keineswegs mit dem bürokratischen Vorgehen des Verbandsvorstands einverstanden, ebensowenig mit der Zurückweisung des Münchener Artikels, da hiedurch die Sache anstatt aufgeklärt, unnötigerweise auf die Spitze getrieben wurde; und erachtet die kombinierte Versammlung den Verbandsausschuß, in diesem Sinne die Angelegenheit zu erledigen, in der bestimmten Erwartung, daß alsdann die Zahlstelle München sich den Beschlüssen des Ausschusses fügen wird.“

Nach Annahme der Resolution wurde von verschiebenen Rednern nochmals die Nothwendigkeit eines Gaustags betont. Kollege Dittrich giebt der Hoffnung Ausdruck, daß die Zustände im Gau VIII recht bald in einer für die Zahlstelle München und den bisherigen Gauvorstand befriedigenden Weise geregelt werden möchten; er erklärt, daß bei etwas loyalerer Behandlung von Seiten des Verbandsvorstands die Zahlstelle München sehr wohl wieder den Gauvorort übernimmt und alsdann der ins Wasser gefallene Gaustag abgehalten werden kann. Dittrich hält jedoch die beiden vorgeschlagenen Städte, München sowohl als Regensburg, für nicht geeignet zur Abhaltung des Gaustags und schlägt seiner geographischen Lage und daher der Billigkeit halber Ingolstadt vor. Nach Schluß der Debatte über diese Angelegenheit fordert Kollege Küster zur Theilnahme am Stichtagsfest der Zahlstelle Erlangen auf, auch ermahnt er sowohl, wie Kollege Seybold, zur regen Agitation, hauptsächlich unter den Arbeiterinnen. Anwesend waren 40 Kollegen. Schluß der Versammlung um 7 Uhr.

Gruß. Wenn wir uns der Hoffnung hingaben, daß unsere bescheidenen Forderungen von Seiten der hiesigen Cutisfabrikanten ohne viel Umschweife anerkannt werden würden, so sahen wir uns darin getäuscht. Als Antwort erhielten wir ein von sämtlichen Prinzipalen unterzeichnetes Schreiben, worin uns die Mittheilung wurde, daß sie keine der gestellten Forderungen anerkennen können, und daß, wenn im Falle ihres ablehnenden Verhaltens in einer oder der anderen Fabrik ein Streik ausbrechen sollte, sie die übrigen Verbandsmitglieder in betreffendem Geschäft von der Weiterarbeit ausschließen werden.“ Zur Entgegennahme dieser „wirklich ausgezeichneten“ Antwort hatten sich die Mitglieder am Samstag in einer Mitgliederversammlung zusammengefunden und am Sonntag Vormittag fand eine öffentliche Versammlung statt, um über weitere Maßnahmen zu beschließen. Kollege Hauelsen aus Wittengarten war zu letzterer erschienen und hatte das Referat übernommen. Einstimmig wurde beschlossen, auf das Antwortschreiben der Herren Fabrikanten gleichfalls wieder eine Antwort zu geben, die darin geht, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen so lange die Arbeit ruhen lassen werden, bis die Forderungen bewilligt sind.

Einer der mitunterzeichneten Fabrikanten hatte sich jedoch rasch eines Besseren besonnen, er theilte am Sonntag in der Frühe mit, daß er alles, was von ihm gefordert sei, anerkennen werde.

Bei drei Fabrikanten wurde nun am Montag den 2. Oktober von 16 Arbeitern und 1 Arbeiterin die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Sämtlichen drei Herren war die Ausföhrung der Drohung erpart, zum „Verhindern am Weiterarbeiten“ war Niemand mehr vorhanden; dem Staatsanwalt ist dadurch ein fetter Bißfen entklüpf.

Der erste Appell der Ausständigen wurde am Montag Morgen 6^{1/2} Uhr auf dem hiesigen „Marktplatz“ abgehalten. Alle Mann waren an Bord, alle sind von dem besten Geiste besetzt und haben vorläufig nur den einen dringenden Wunsch, daß jeder Zug streng ferngehalten wird. Insbesondere richten wir das dringende Ersuchen an unsere engeren Kollegen in Pforzheim, Hanau, Eisenberg, Leipzig, Berlin u. s. w., um ihre volle moralische Unterstützung angeben zu lassen, damit der Sieg halb unser ist. Der Geschäftsgang ist ein äußerst flotter, Aufträge liegen in sehr großer Zahl vor und haben wir daher begründete Hoffnung, bald Herr der Situation zu sein.

Erklärung.

In der Abrechnung vom II. Quartal 1899 (Buchbinderzeitung Nr. 37) bemängelt der Verbandskassirer Kollege Hauelsen die vielen Restwochen, die bei fast allen Zahlstellen unseres Verbands vorhanden sind. Er spricht im Anschluß hieran sein Bedauern aus, daß die Verwaltung der Zahlstelle Berlin trotz wiederholter Aufforderung von Seiten des Verbandsvorstands es nicht für nothwendig erachtet, die Restwochen der dortigen Mitglieder anzugeben. Hierzu haben wir Folgendes zu erklären: „Nach der Aufforderung des Verbandsvorstands, die Restwochen anzugeben, beschästigten wir uns in unserer Sitzung eingehend mit dieser Angelegenheit. Wir kamen nach reiflicher Ueberlegung zu dem Beschluß, daß erstens durch die Veröffentlichung der Restwochen in der Vierteljahrsabrechnung nicht das Geringste geändert wird, da der große Theil der Mitglieder, und besonders diejenigen, welche es angeht, die Abrechnungen in unserer Zeitung überhaupt nicht lesen; daß zweitens diese Arbeit, die der Verbandskassirer verlangt, für die örtlichen Funktionäre pro Quartal eine sehr bedeutende Arbeit ist, wenigstens bei der großen Mitgliederzahl in Berlin sehr viel Zeit in Anspruch nehmen würde. Trotdem die beiden Kassirer in Berlin mit Arbeiten genügend belastet sind, würde der Aufforderung des Verbandsvorstands auch noch entsprochen worden sein, wenn wir uns auch nur den kleinsten Erfolg davon versprechen würden. Wenn dann der Kollege Hauelsen weiter meint, daß es fast scheint, als ob man sich in Berlin gar nicht getraut, die ungeheure Zahl der Reste an die Öffentlichkeit zu bringen, so können wir ihm zur Beruhigung mittheilen, daß wir keine Ursache haben, irgend etwas zu verheimlichen, und daß wir noch mehr Restwochen zu verzeichnen haben als die Kollegen in Leipzig. Ja, in Berlin reistren sogar die Mehrzahl der Mitglieder; und das hat seinen Grund darin, weil dieselben 6, 8 Wochen und ein Vierteljahr auf einmal bezahlen. Das ist leider einmal eingerissen und läßt sich auch nicht mehr beseitigen; am allerwenigsten dadurch, daß in jedem Quartal die Gesamtzahl der Restwochen in der Zeitung veröffentlicht werden. Wenn dem Restantenumwesen zu Selbe gegangen werden soll, so müssen schon andere Mittel angewendet werden, um diesem Uebelstand abzuhelfen. Wenn z. B. die Verbandsbeiträge in den großen Zahlstellen bei den säumigen Zahlern durch Hauskassirer abgeholt würden, so ist es sicher, daß eine große Zahl der Reste verschwinden würden, da durch das regelmäßige Abholen pünktlicher gezahlt würde, und manches Mitglied, das nur durch seine Bummel und auch Bequemlichkeit im Rückstand geblieben ist, könnte dem Verband erhalten bleiben. Aber dieser Vorschlag würde, wenn er präzise durchgeführt werden soll, der Verbandskasse Kosten verursachen, und dafür ist der Verbandsvorstand, oder besser gesagt, der Verbandskassirer nicht zu haben.“

Endlich bemerken wir noch dem Verbandsvorstand bezw. dem Kassirer, daß wir uns in Zukunft jede Anrempelung in der „Buchbinderzeitung“ verbitten. Dazu hat derselbe kein Recht. Glaubt er, daß wir seinen „Befehlen“ nicht nachkommen, wie er es wünscht, so mag er den in stanzmäßigen Beschwerden weg, den jedes andere Mitglied ebenfalls machen muß, beschreiten. Gegen weitere Anrempelungen aber werden wir uns ganz energisch zu verteidigen wissen.

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Berlin.
J. A.: M. Bergmann.

Erklärung zu vorstehender Erklärung.

Wenn ich zu der Erklärung der Ortsverwaltung der Zahlstelle Berlin gleich meine Gegenäußerung abgebe, so geschieht es erstens deshalb um nicht bei den Mitgliedern die Meinung aufkommen zu lassen, der Verbandsvorstand habe auf meine Anregung hin von der Berliner Ortsverwaltung etwas verlangt, zu was er nach dem Statut nicht berechtigt ist, zweitens deshalb, um einige drastische Widersprüche in derselben festzustellen.

Der § 22 des Verbandsstatuts schreibt vor, daß die mit der Kassensührung betrauten Bevollmächtigten innerhalb 14 Tagen nach Quartalschluß auf dem Hierauf bestimmten Formular dem Verbandsvorstand Rechnung zu legen haben. Im Hinblick darauf, daß einer so großen Zahlstelle wie Berlin durch die vierteljährliche namentliche Ausföhrung der einzelnen Mitglieder und deren geleisteten Beiträgen und Restwochen eine sehr große Arbeit entsteht, hat der Verbandsvorstand bereits vor mehreren Jahren beschlossen, die Berliner Ortsverwaltung von dieser statistischen Pflicht insoweit zu entbinden, daß diese Arbeit nur am Jahreschluß zu machen ist und im Uebrigen von dort nur eine summarische Abrechnung im 1., 2. und 3. Quartal zu erfolgen hat, also nur die Bilanz auf dem Abrechnungsförmular auszufüllen ist. Wenn nun in neuerer Zeit vom Verbandsvorstand beschlossen wurde, die Zahlstellenverwaltung Berlin solle am Schluß eines jeden Quartals auch die Gesamtzahl der Restwochen männlicher und weiblicher Mitglieder angeben, so ist das ein Verlangen, zu welchem sich die Verbandsleitung voll und ganz berechtigt glaubt, weil mir eine detaillirte Abrechnung pro Vierteljahr nicht zur Verfügung steht und somit die Restwochen nicht selbst nachzählen kann.

Nun zur Sache selbst. Wenn das ablehnende Verhalten der Ortsverwaltung dem Ansuchen der Verbandsleitung gegenüber deshalb erfolgte, „weil man sich keinen Erfolg von der Veröffentlichung verspricht“, so ist hierzu zu bemerken, daß der alleinige Zweck nicht der der Veröffentlichung ist, sondern es soll auch zugleich eine statistische Feststellung sein, wie weit das Restantenumwesen um sich gegriffen hat und wie das Verhältnis der geleisteten Beiträge zu den vorhandenen Restwochen sich gestaltet. Früher hatte man davon keine Ahnung, heute hätten wir, wenn Berlin dabei wäre, eine vollkommene Statistik. Um den einzelnen Mitgliedern die Mühe zu ersparen, alle Zahlen der Abrechnungen zu lesen, ist bei einer jeden eine gedrungte Wiedergabe der wichtigsten Zahlen in Form eines Artikels zu finden. Ich besitze noch das Zutrauen zu unseren Mitgliedern, daß sie wenigstens dieses lesen.

Wenig trägt das Eingeständniß der Ortsverwaltung zu meiner Beruhigung bei, daß in Berlin „logar die Mehrzahl der Mitglieder reistren.“ Das ist also ein indirektes Zugaben dessen, was ich vermutet habe, die Zahl der Restwochen ist zugestandenemassen demnach eine sehr große und wird bei den 1390 männlichen Mitgliedern wohl annähernd 10 000 betragen. Die Ortsverwaltung macht mir den Vorwurf, daß ich nicht dafür zu haben sei, wenn Mittel des Verbandes zur Entscheidung für Hauskassirer in Berlin verwendet werden. Ich machte deshalb meine Bedenken dagegen geltend, weil ich der Meinung bin, daß die Verbandsleitung nicht das Recht hat, für besagten Zweck einzelnen Zahlstellen besondere finanzielle Vergünstigungen einzuräumen. Diese meine Meinung wurde von den übrigen Mitgliedern im Verbandsvorstand getheilt und erfolgte dadurch die Ablehnung eines diesbezüglich von Berlin gestellten Antrags.

Auf die zum Schluß der Erklärung gemachte Bemerkung, daß die Ortsverwaltung sich für die Zukunft jede „Anrempelung“ meinerseits in der Zeitung verbieten haben möchte, erwidere ich, daß es in der Hand der Ortsverwaltung liegt, dieses zu vermeiden; es wird unterbleiben, wenn sich dieselbe bequemt, den statutenmäßigen Anforderungen zu entsprechen; so lange dieses nicht geschieht, halte ich es für meine Pflicht, den Mitgliedern in der „Provinz“ zu sagen, was ich hierüber denke. Sie zeigt aber auch, daß man in letzter Zeit in Berlin an leitender Stelle sehr empfindlich geworden ist; noch vor einem Vierteljahr gab man mir brieflich zu verstehen, daß man derartigen Ausföhrungen meinerseits das Gefühl der absoluten Würdigkeit entgegenbringe.

Was das Betreten des instanzmäßigen Beschwerbeweges betrifft, so wäre der Ortsverwaltung Berlin hier am ehesten die Gelegenheit gegeben gewesen, sich ihrerseits an die Beschwerdestanz zu wenden. Sie verfallt somit in den gleichen Fehler, in den ich angeblich verfallen sein soll.

Uebrigens werde ich mir auch späterhin gestatten, im Interesse des Verbandes meine Monitas gelegentlich der Veröffentlichung der Abrechnungen zu machen, ohne Rücksicht darauf, ob eventuell der „Lorien-schein“ einer einzelnen Zahlstelle, Ortsverwaltung oder Person dadurch etwas getrübt wird oder nicht.

E. Hauelsen, Verbandskassirer.

Rundschau.

* Der Verband der Vereine der Buchbinder und verwandten Berufe Oesterreichs hält am 12. November d. J. in Wien einen außerordentlichen Verbandstag ab. Neben den verschiedenen Berichten steht auf der Tagesordnung: Anträge des Verbandsvorstands, a) Zentralisierung der Arbeitslosenunterstützung und Vorlage eines diesbezüglichen Reglements; b) Aenderung des Reise-reglements.

* Opfer der Ausbeutung. Am Mittwoch voriger Woche, kurz vor Beendigung der Mittagspause, stürzte in Köln in der Wolfstraße ein Neubau ein, unter dessen Trümmern zwölf Arbeiter ihren Tod fanden. — Hoffentlich wird die eingeleitete Untersuchung den oder die Schuldigen zu treffen wissen. Der an dem Bau beschäftigt gewesene Schächtlemeister soll sich bei seiner Vernehmung sehr belastend gegen den Leiter des Baues ausgesprochen haben. Auffallend ist auch, daß das Haus im Rohbau bereits von der Baupolizeibehörde ohne Anstand abgenommen wurde.

* In Teplitz (Böhmen) wurde, wie schon einmal mitgeteilt, aus dem Buchbinderverein der Buchbinder-gehilfe Franz Müller ausgeschlossen, weil er als Kassirer des Vereins schwere Veruntreuungen beging. Derselbe brüstete sich mit seiner beuischnationalen Gesinnung und gehörte auch solchen Vereinen an. Bei der kürzlich stattgefundenen Gerichtsverhandlung wurde Müller, dessen Defraudation hart an das Verbrechen des Diebstahls grenzte, zu vierzehn Tagen strengen Arrests, verschärft mit zwei Fasttagen, verurtheilt. Außerdem wurde er zum Ersatz von 49,85 fl. an den Fachverein der Buchbinder und zur Tragung sämtlicher Kosten verpflichtet.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.
Altenburg (S.-A.): Benno Horn, Kunstgasse 4.
Kiel: G. Ottens, Hasselbiersdammweg 8 part.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungs-Anzahler.
Altenburg. Z.A. Ferd. Jänicke, Bahnhofstraße 1; von 12-1 und 6-7 Uhr. Sonntags von 12-2 Uhr.
Freiburg i.S. Z. Karl Maurer, Beurbarungsstr. 32 III; von 7 1/2-8 1/2 Uhr Abends.

Oesterreich-Ungarn.
Teplitz. Jedes Mitglied erhält außer der Verbandsunterstützung noch 40 Heller oder freies Nachtlager in der Zentralherberge zum „Kaiser v. Mexiko“, Schulgasse.)

Briefkasten.

Wegen Raummangels zurückgestellt: Korrespondenz aus Leipzig und Erlangen.

Anzeigen.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Federgalanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Zahlstelle Krefeld.

Sonntag den 15. Oktober, Vormittags 11 Uhr, im Lokal des Herrn Steinbach, Westwall

Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.

469] Tagesordnung: [1.70
1. Ausbau des Unterstützungswesens innerhalb des Verbandes. Referent: Kollege Klingemann.
2. Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

NB. Den Mitgliedern zur Kenntniz, daß die Versammlungen von jetzt an punkt 11 1/2 Uhr eröffnet werden.

Der Vorstand.

Zahlstelle Berlin.

Wir richten an alle Mitglieder, welche am 1. Oktober ihre Wohnung gewechselt haben, die dringende Mahnung, unverzüglich ihre neue Adresse auf einer unserer Zahlstellen oder im Bureau abzugeben.

Diejenigen Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen länger als 13 Wochen restieren, werden hiermit aufgefordert, dieselben bis spätestens 14. Oktober zu begleichen, widrigenfalls sie aus der Mitgliederliste gestrichen werden.

Sonnabend den 21. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr

Besuch der Dreptower Sternwarte.

470] Programm: [3.50
1. Führung durch das „Astronomische Museum“ und Erklärung des Riesensfernrohrs. 8 1/2 bis 9 Uhr.
2. Projektionsvortrag von Direktor F. S. Archenhold: „Der Mond im Dreptower Riesensrefraktor.“ 9 Uhr.
3. Beobachtung der Mondgebirge mit dem großen Fernrohr.

Billets à 75 Pf. sind von heute ab in den Zahlstellen, sowie im Bureau, Annenstraße 50, zu haben.

Bei bewölktem Himmel kann die Beobachtung durch das Fernrohr auch an einem anderen Abend vorgenommen werden.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Hannover.

Sonnabend den 14. Oktober, Abends 8 Uhr, im großen Saale des Konzerthauses

Grosses Herbstfest

unter gütlicher Mitwirkung der neuen Graphischen Liedertafel, 471] bestehend in [2.20

Vokal- und Instrumentalkonzert, komischen Vorträgen und theatralischer Aufführung.

Hierauf
Grosser Ball.

Eintritt für Damen 10 Pf., für Herren 20 Pf. NB. Beginn des Programms präcise 1/9 Uhr! Zu zahlreichster Beteiligung ladet freundlichst ein Der Festleiter.

Achtung! **Achtung!**

Zahlstelle Berlin.

Am Sonntag den 15. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal des Herrn Schmauser, Adlershof, Bismarckstraße 16, die Gründung der

Zahlstelle Adlershof

statt. Tagesordnung:

- 1. Zweck und Nutzen der Organisation. Referent: Kollege Bergmann-Berlin.
- 2. Gründung der Zahlstelle.
- 3. Wahl der Verwaltungspersonen.

Alle Kollegen und Kolleginnen sind hierzu freundlichst eingeladen. Keines darf fehlen.

Der Beauftragte.
Die Eisenbahnzüge gehen ab: Schlesischer Bahnhof 3 21 Nachmittags, Görtziger 3 38

Buchbinder-Männerchor Berlin.

Sonntag den 15. Oktober

Gemüthlicher Abend

in Kohls Fleßsälen, Beuthstraße.

Wir laden hierzu alle Kollegen und Kolleginnen, sowie Gönner des Vereins ergebenst ein. [1.70
Anfang 6 Uhr. Eintritt mit Tanz 25 Pf. 472.]

Der Vorstand.
Zur Beachtung! Die Übungsstunden des Vereins finden jeden Freitag Abend von 9-11 Uhr im Restaurant „Fürstenhof“, Köpenickerstraße Nr. 137/38 statt.

Die Adresse des Ausschuß-Vorsitzenden der Zentral-kranken- und Begräbnis-Anstalt der Buchbinder lautet vom 1. Oktober ds. Jz. ab: [0.70

Wilhelm Zilgner, Schöneberg-Berlin, 473] Sedanstraße 1, I. Portal, IV.

Buchbinder-Männerchor Stuttgart.

(Mitgl. d. württemb. Arbeiterfänger-Bundes.)
Sonntag den 15. Oktober findet im Saale der „Arbeiterhalle“ das

27. Stiftungs-Fest

verbunden mit Herbstfeier statt. Das Programm, unter Mitwirkung der Kapelle „Bresto“, ist ein sorgfältig zusammengestelltes und steht somit ein genußreicher Nachmittag in Aussicht, wozu wir die werthen Kollegen, sowie Jedermann freundlichst einladen. [1.70
Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf. 474.]

Der Ausschuss.

Der Kollege 475] [1.30

Arthur Rominger

wird gebeten, über die Kommission in der Werkstube „Union“ betr. unrichtig kollationirter Bücher einen eingehenden Bericht an Unterzeichneten in möglichster Wäldbe gelangen zu lassen, da derselbe mit der Untersuchung dieser Sache beauftragt wurde.

Der Vorstand der Zahlstelle Stuttgart.
Adresse: Franz Kittel, Stuttgart-Geslach, Mähringerstraße 140 II.

Der Inhaber des Deutschen Reichspatents Nr. 89853

Linirmaschine

wünscht an inländische Fabrikanten Fabrikations-lizenzen zu ertheilen. [1.60
Nähere Anfragen beliebe man zu richten unter Nr. 2324 an die Expedition dieses Blattes. 476]

Buchbinder [1.60

gesucht, geübt im Goldschnittmachen. Solcher, der auch marmoriren kann, erhält den Vorzug.

477] Buchbinderei J. G. Onken Nachf. Cassel, Jägerstr. 11.

Tüchtiger Buchbinder

selbständiger Arbeiter, sofort gesucht. [1.40
478] **Paul Hutschenreuter** Eilenburg (Prov. Sachsen).

Kleine Buchbinderei

mit flottem Ladengeschäft in Norddeutschland auf sofort für 2500 Mk. zu verkaufen.

Offerten mit Retourmarke unter B. N. an die Exped. dieser Zeitung. 479.] [0.70

Günstig für Buchbinder.

Ein seit 22 Jahren gutgehendes Buchbinderladengeschäft, verbunden mit Papierhandlung und Komptoirbedarfsartikeln, im Mittelpunkt Berlin, soll zum Inventarwerth verkauft werden. Jährliches Einkommen 3000 Mk. Zur Uebernahme sind 7000 Mk. erforderlich. Adressen unter N. P. 893 an Haasenfein & Vogler, A. G., Berlin W 8. 480.] [2.10

Alle Ansichtspostkarten — erwidert — **Franz Pazout**

Dornbirn in Vorarlberg (Oesterreich), Bahnhofstr. 6.

Dölitz-Leipzig. [2.40

Meinen Gasthof „Zum Reiter“ in Dölitz mit großen Gesellschaftszimmer, Gastzimmer mit Billard, schönem Tanzsaal, großem schattigen Garten mit Kolonnade, empfehle freundlicher Bewirthung bei Ausflügen, Festlichkeiten u.

Zwanzig Minuten von der Endstation Connewitz gelegen, führt der Weg dahin entlang dem Mühlgraben der Pleiße durch Wald und Wiesengelände.

Achtungswoll ladet ein
Der Wirth: Bernhard Klähn.